



Berichtsheft Bezirksparteitag 2005

**Sozialdemokratische
Partei Deutschlands
Bezirk Braunschweig**

The SPD logo, consisting of the letters "SPD" in a bold, sans-serif font, enclosed within a square border.

SPD

Druck: Löwendruck Bertram GmbH, Braunschweig

www.loewendruck.de

Bezirksparteitag 2005

**Sonnabend, 30. 04. 2005
in Wolfsburg
"CongressPark"**

Inhalt

Grußwort Franz Müntefering	5
Grußwort Wolfgang Jüttner	7
Vorwort Sigmar Gabriel	9
Vorläufige Tagesordnung	12
Vorläufige Geschäftsordnung	13
Bezirksvorstand	14
Die politisch-organisatorische Tätigkeit	15
Innerparteiliche Bildung/Kommunalakademie	20
Politische Bildungsreisen	21
Mitgliederbewegung und Beitragsdurchschnitt 2003 - 2004	22
Einnahmen - Ausgaben 2003 - 2004	24
Bericht der Bundestags- und Landtagsabgeordneten	25
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen	29
- Betriebsgruppe Post	30
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen	31
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten	33
Arbeitsgemeinschaft für Selbständige	34
Arbeitsgemeinschaft "60 plus"	35
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen	37
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen	37
Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD	38
Bericht des Arbeitskreises Migrantinnen und Migranten	39
Bericht des Netzwerks "selbst aktiv"	41
Bericht des Großraumverbandes	43
Adressen und Anschriften	46



Grußwort

Liebe Genossinnen und Genossen
im Bezirk Braunschweig,

zu eurem Bezirksparteitag grüße ich euch herzlich.

Die Zeit seit eurem letzten Parteitag im April 2003 war für die deutsche Sozialdemokratie wechselhaft, nicht immer einfach - aber im Ergebnis doch Mut machend.

Wir haben die Agenda 2010 Stück für Stück umgesetzt. Die Lohnnebenkosten sinken. Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt sind in Kraft. Erste Erfolge sind eingetreten: Jeder arbeitssuchende Jugendliche hat seit 1. Januar 2005 ein Recht auf ein Angebot für einen Arbeitsplatz, Ausbildungsplatz oder eine Qualifizierung - verbindlich und einklagbar. Wir entziehen der Arbeitslosigkeit den Nachwuchs. Das ist Politik, die unseren sozialdemokratischen Werten entspricht - und echte Chancen für die jungen Menschen schafft.

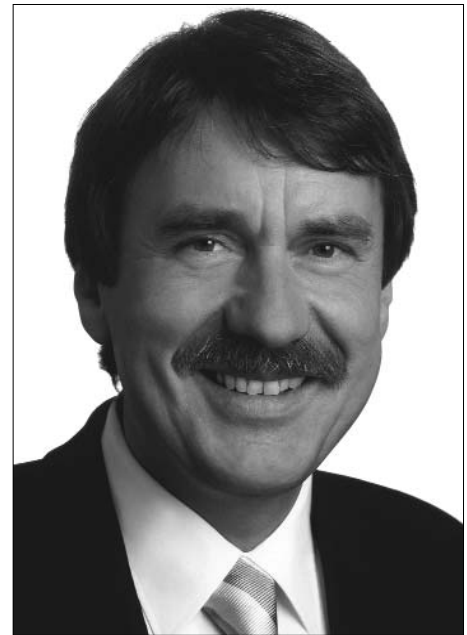
Chancen schaffen - das ist auch unser Ziel in der Bildungspolitik. Seit 1998 haben wir die Ausgaben für Bildung und Forschung um mehr als 30% erhöht. Bis 2007 investieren wir vier Milliarden Euro in den Ausbau von Ganztagschulen. Und wir kämpfen für mehr Betreuungsangebote auch für Unter-Dreijährige. Deutschland muss aufholen bei Bildung und Betreuung, damit unsere Kinder die besten Chancen haben und Eltern Beruf und Familie verbinden können. Das ist ein langer Weg, aber die ersten Schritte sind gemacht.

Wir haben begonnen, Deutschland zu erneuern. Dafür haben wir zunächst nicht nur Applaus geerntet. Aber die Zustimmung zu unserem Kurs wächst. Wir gehen entschlossen und mutig in die vor uns liegende Zeit. Wir kämpfen dafür, dass Peer Steinbrück seine gute Arbeit in NRW fortsetzen kann. Wir scheuen die Auseinandersetzung mit der Opposition nicht. CDU/CSU und FDP haben keine Konzepte außer Miesmacherei und Sozialabbau. Unser Land gerecht erneuern, das kann nur die deutsche Sozialdemokratie.

Auf eurem Parteitag stellt ihr die Weichen für die kommende Arbeit des Bezirks Braunschweig - personell und vor allem inhaltlich. Helft mit, mehr und mehr Menschen für unsere Politik der Erneuerung zu begeistern. Dazu wünsche ich euch viel Erfolg! In diesem Sinne: eurem Bezirksparteitag einen guten Verlauf.

Ein herzliches Glückauf!

Euer Franz Müntefering



Grußwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

2005 ist ein Jahr mit viel Arbeit und - trotz aller Probleme - insgesamt guten Perspektiven. Die SPD hat im vergangenen Jahr wichtige Reformen für die Zukunft unseres Landes durchgesetzt. Unsere Politik geschieht nicht um der Reform willen, sondern um das Land stark zu machen für die Herausforderungen im Inneren, und um unserer größer gewordenen Verantwortung in der Welt gerecht zu werden. Das Jahr hat begonnen mit der größten Hilfsaktion aller Zeiten für die Opfer der schlimmsten Naturkatastrophe seit Menschengedenken. Globalisierung betrifft uns alle. Es ist gut, dass so viele Menschen bereit sind zu helfen. Diese Bereitschaft zum Engagement und zur Solidarität macht Mut. Zugleich erwarte ich ein Mehr an "Anpacken" und "Mithelfen" auch für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Ich vermisse eine Bereitschaft der Menschen, viel und mehr wissen zu wollen in diesem Land. Und ich vermisse ein Mehr an sozialem Verantwortungsbewusstsein, gerade auch auf Unternehmerseite. Es ist ein Unding, wenn entlassen wird, nur um gute Bilanzen weiter zu optimieren.

"Hartz IV" ist in Kraft. Mit der Reform erhalten Arbeitslose durch Beratung und Vermittlung eine sehr viel bessere Unterstützung bei der Jobsuche als früher. Wir werden die Umsetzung von Hartz IV sehr genau beobachten. Sollten besondere Härten auftreten, wird man diese zu korrigieren haben. Und wichtig ist auch, dass bei den Kommunen die vorgesehene finanzielle Entlastung schnell ankommt, damit Spielräume frei werden für die so wichtigen Investitionen in Kinderbetreuung und Bildung.

Bildungs- und Kommunalpolitik sind die Schwerpunkte der niedersächsischen SPD in diesem Jahr. In zwei landesweiten Projektgruppen arbeiten wir daran, zum Landesparteitag am 5.11.2005 grundlegende Thesen zu unserer künftigen Bildungspolitik und Leitlinien für unsere Kommunalpolitik vorzulegen. Wir wollen gut aufgestellt in das Wahljahr 2006 starten können.

In der Bildungspolitik ist Chancengleichheit die zentrale Herausforderung. Die Ergebnisse von "PISA 2003" zeigen: Das deutsche Bildungssystem holt im internationalen Vergleich langsam auf.

Das entscheidende Problem bleibt aber bestehen: Nach wie vor hängen die Bildungschancen unserer Kinder in erschreckendem Umfang vom sozialen Status der Eltern ab. Deshalb ist es unverzichtbar, den Begriff Schulqualität zu erweitern. Es geht zuallererst um die Qualität des Unterrichts. Und wir müssen uns noch stärker der Frage widmen, wie Schule und die kommunalen Einrichtungen sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche besser fördern können.

Für die Kommunalpolitik wird es darum gehen, die Leistungskraft der Städte und Gemeinden nachhaltig zu bewahren und mit einer modernen Schwerpunktsetzung auf gewachsene Anforderungen durch Kinderbetreuung, Familienpolitik und eine älter werdende Bevölkerung zu reagieren.

Mancher Gegenwind erzeugt auch Chancen. Die Gliederungen der SPD in Niedersachsen und die politischen Führungsgremien sind enger zusammengedrückt. Alle haben verstanden: Kooperation und praktische Effizienz sind unverzichtbar für die Organisation politischer Durchsetzungskraft. Unsere finanziellen Einbußen nach der Wahl werden absehbar verkraftet werden durch starke Sparanstrengungen einerseits und die finanzielle Solidarität unserer Parteibasis andererseits. Der Bezirk Braunschweig hat hier seinen großen Beitrag geleistet. Dafür bedanke ich mich. Und wir werden dafür sorgen, dass das in uns gesetzte Vertrauen gerechtfertigt bleibt.

Wir bauen in den Bezirken und landesweit Netzwerke für die Qualifizierung unserer Mitglieder und unseres Personals auf, wir reorganisieren unsere Zielgruppenarbeit. Wir erneuern Vertrauen und die Mitgliederbindung. Die Niedersachsen-SPD mit ihren 77.000 Mitgliedern arbeitet an der Schärfung ihres programmatischen Profils. Das gilt für die bundesweite Programmarbeit in den Bezirken und die landespolitischen Weichenstellungen in Fraktion und Landesverband gleichermaßen. Dabei beteiligen wir Bürgerinnen und Bürger, die Gewerkschaften und die Verbände und laden ein, mit uns über die besten Lösungen für unser Land zu diskutieren. Und wenn dadurch neue Mitglieder zu uns kommen, freuen wir uns natürlich. Freilich wird das nicht ausreichen, unseren Mitgliederstand zu halten. Besonders schmerzlich ist, dass die CDU in Niedersachsen aktuell mehr Mitglieder hat als wir. Das müssen wir wieder ändern. Dafür brauchen wir weitere Anstrengungen bei den Mitgliederwerbekampagnen auf Landes- und Bezirksebene.

Ein Bezirk und seine Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften mit Eurer ansehnlichen Bilanz bezieht seine Kraft aus der Arbeit der Mitglieder, deren Motivation und Engagement. Dazu gehört eine lebendige Vorstellung von Gerechtigkeit und Demokratie. Und es gehört dazu, dass sich die Mitglieder ernst genommen fühlen und aktiv an der Willensbildung beteiligt sind.

Hier ist der Bezirk Braunschweig mit vielen Veranstaltungen und dem Instrument der Mitgliederbefragung einen spannenden Weg gegangen, dessen Ergebnisse für die ganze SPD nützlich sein werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,
Eurem Parteitag wünsche ich viel Erfolg und gute Ergebnisse für unsere gemeinsame Arbeit in Niedersachsen.

Mit herzlichen Grüßen

Wolfgang Jüttner, SPD-Landesvorsitzender



Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

zwei ereignisreiche und schwierige Jahre liegen seit dem letzten Bezirksparteitag am 26. April 2003 in Königslutter hinter uns. Mit der Regierungserklärung unseres Bundeskanzlers Gerhard Schröder am 14. März 2003 hatte sich die SPD aufgemacht, unser Land zu verändern. Die Probleme unseres Landes waren seit vielen Jahren bekannt:

- Im Vergleich zu fast allen anderen Industrienationen investiert Deutschland zu wenig in Bildung und Weiterbildung. 70.000 Ingenieuren, die in den kommenden Jahren in den Ruhestand treten, stehen nur 30.000 Ingenieursstudenten an den Hochschulen gegenüber.
- Durch eine zu geringe Zahl an Geburten gewinnt der demografische Wandel an Dynamik, vor allem die gesetzliche Rentenversicherung gerät dadurch unter Druck.
- Zu viele hatten sich mit der Arbeitslosigkeit abgefunden, auch die staatlichen Institutionen. Statt die Aufnahme von Arbeit zu fördern und zu fordern, belohnten die staatlichen Unterstützungssysteme den Verbleib in der Arbeitslosigkeit und eine möglichst frühe Verrentung.
- Immer weniger Menschen beteiligen sich an der solidarischen Absicherung von Lebensrisiken - auch, aber nicht nur aufgrund von Arbeitslosigkeit. Auch dadurch stiegen die Beiträge zur Sozialversicherung. Als Folge stiegen auch die Beiträge zur Krankenversicherung.
- Nicht zuletzt durch die Art der Finanzierung der deutschen Einheit durch die Kohl-Regierung lastet ein ungeheurer Schuldenberg auf Deutschland und sind die Sozialversicherungskosten explodiert.

In der Folge wurden immer größere Anteile der privaten und der öffentlichen Finanzen zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme verwandt und zur Begleichung von Zinsschulden des Staates. Für Investitionen in Bildung, Forschung, Technologie und Infrastruktur standen immer weniger Finanzmittel zur Verfügung.

Für Deutschland ein verhängnisvoller Weg, denn Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit hängen in unserem rohstoffarmen Land von der Qualifikation der Menschen und von ihrem Ideenreichtum und ihren Innovationen ab. Nur so sichert und schafft ein Hochlohnland wie Deutschland Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Anders als Konservative und Liberale haben wir Sozialdemokraten diesem verhängnisvollen Trend nicht tatenlos zugesehen. Während Kohl, Merkel & Co. immerhin 16 Jahre die Strukturprobleme unseres Landes nicht anpackten, haben SPD und Grüne den Mut gehabt, diese schwierigen Fragen zu lösen.

Wir alle wissen, dass uns das viel Kraft und auch Mitglieder und Wählerstimmen gekostet hat. Der Preis für unsere Partei war hoch. Und wir wissen: Noch längst nicht alles ist getan, denn mehr als 5 Millionen Menschen sind in Deutschland arbeitslos, und es gibt wohl keine härtere Aufforderung zum politischen Handeln als die monatliche Arbeitslosenstatistik.

Investitionen in die Infrastruktur, Verzicht auf unnötige Subventionen, um statt dessen in Bildung, Forschung und Technologie zu investieren, die Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten für Arbeitslosengeld II Empfänger, die besondere Förderung jugendlicher und älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Reform der Unternehmenssteuer und dabei vor allem die Entlastung der mittelständischen Wirtschaft sind die richtigen Schritte. Gerhard Schröder hat sie am 17. März 2005 in den Bundestag eingebracht.

Wir Sozialdemokraten müssen um diese Politik kämpfen. Um der Menschen und der Zukunft unseres Landes wegen. Und wir werden dabei noch mehr als bislang darauf zu achten haben, dass nicht immer nur ein Teil unserer Gesellschaft "zur Kasse" gebeten wird, wenn es darum geht unser Land zu reformieren. Für die SPD muss deutlicher werden: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache und wen dieses Land wohlhabend und reich gemacht hat, der besitzt auch eine Verantwortung dafür, seinen Reichtum zum Wohle der Menschen in Deutschland einzusetzen. Der Auftrag unserer Verfassung "Eigentum verpflichtet" darf in Deutschland nicht zur Sozialromantik verkommen.

Schnell hat sich heraus gestellt, dass den hehren Worten von CDU und CSU über die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit keine Taten gefolgt sind. Konfrontation statt Kooperation, Blockade statt Bewegung und Subvention statt Investition sind die Themen der Opposition. CDU/CSU und FDP wollen die Krise und die Not der Arbeitslosen nutzen, um soziale Schutzrechte, Mitbestimmung, Tarifverträge und soziale Sicherheit abzuräumen. Ihre Alternativen schaffen nicht mehr Arbeit, sondern nur weniger Sicherheit - für Beschäftigte wie Erwerbslose gleichermaßen.

Für unseren Bezirk Braunschweig waren die letzten zwei Jahre auch ein Neubeginn. Nach der verlorenen Landtagswahl 2003 und Mitgliederverlusten mussten und wollten wir unsere Arbeit auf eine neue Grundlage stellen. Im Mittelpunkt unserer Arbeit stand dabei vor allem die Stärkung unserer Organisationskraft, denn sie ist eine zentrale Voraussetzung, um in Zukunft wieder Wahlen erfolgreich bestreiten zu können.

Vor diesem Hintergrund hat der Bezirksvorstand im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der Unterbezirke folgende zentrale Aktivitäten durchgeführt:

- (1) Die Mitgliederwerbekampagne "Gerade jetzt - 4 in 2004" zur Stabilisierung unserer Mitgliederbasis.
- (2) Der Dialog mit den DGB-Gewerkschaften unserer Region über die Agenda 2010 und das Arbeitnehmerbegehren.
- (3) Die Kommunalakademie zur Qualifizierung und Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2006.
- (4) Die Einführung von "kleinen Parteitag" zur Vorbereitung der Meinungsbildung im SPD-Bezirk Braunschweig zu politischen Schwerpunktthemen.
- (5) Die Abstimmung über die Zukunft der Wehrpflicht, um sich einerseits inhaltlich auf die Entscheidung des SPD-Bundesparteitages vorzubereiten und andererseits Erfahrungen mit der tatsächlichen Organisationskraft der Ortsvereine zu machen.

Alle fünf Projekte sind erfolgreich durchgeführt worden. So haben wir seit dem Start der Mitgliederkampagne am 27. Mai 2004 immerhin rund 450 neue SPD-Mitglieder in unserem SPD-Bezirk Braunschweig gewinnen können. Die meisten davon sind jünger als 30 Jahre.

Sicher, das ist weniger, als wir uns vorgenommen hatten. Aber es sind dreimal so viele, wie im ganzen Jahr 2003 zu uns gekommen sind. Das zeigt: Mitgliederwerbung kann auch in schwierigen Zeiten erfolgreich sein.

Ich danke vor allem allen Kolleginnen und Kollegen des SPD-Bezirksbüros und der Unterbezirksbüros, den Abgeordneten, den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunalakademie und den vielen engagierten "Botschaftern" unserer Mitgliederkampagne für ihre wirklich großartige Unterstützung dieser Projekte.

Mit herzlichem Gruß

Euer Sigmar Gabriel
Vorsitzender des SPD-Bezirks Braunschweig

Vorläufige Tagesordnung des Bezirksparteitages am 30. April 2005, Wolfsburg, CongressPark

09.30 Uhr Eröffnung und Begrüßung
Wahl der Versammlungsleitung
Annahme der Geschäfts- und Tagesordnung
Wahl der Mandatsprüfungskommission und des
Wahlausschusses
Bestätigung der Antragskommission

Rede

Gerhard Schröder
Bundeskanzler

Aussprache

Bericht des Bezirksvorstandes
Sigmar Gabriel

Bericht der Revisoren

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Aussprache

Beschlussfassung über den Bericht der
Mandatsprüfungskommission und über den
Bericht der Revisoren

Aussprache

Satzungsänderung

Behandlung von Anträgen

Wahl des Bezirksvorstandes
und der Revisoren bzw. der Revisorinnen
Wahl der Schiedskommission
Wahl der Mitglieder des Parteirates
Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten
zu Bundesparteitag
Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten
zu Landesparteitag

weitere Behandlung von Anträgen

Schlusswort

Vorläufige Geschäftsordnung für den Bezirksparteitag am 30. April 2005, Wolfsburg, CongressPark

1. Der Bezirksparteitag beschließt die Tagesordnung und wählt
 - a. die Mandatsprüfungskommission, die aus 5 ordentlichen Delegierten besteht
 - b. einen Wahlausschuss, der aus 12 Delegierten/Gastdelegierten besteht und
 - c. eine Antragskommission, die Empfehlungen zu den eingegangenen Anträgen erarbeiten soll.
2. Die Beschlüsse des Bezirksparteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.
3. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt 5 Minuten. Zur gleichen Sache erhält der Redner höchstens zweimal das Wort. Referenten und Berichterstatter erhalten das Wort außer der Reihenfolge zur sachlichen Berichtigung.
4. Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich bei der Versammlungsleitung einzureichen. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort.
5. Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort zu beraten und zu entscheiden. Es darf nur je ein Redner dafür und dagegen sprechen.
6. Anträge auf Schluss der Debatte können nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem Punkt, für den der Schlussertrag gestellt ist, noch nicht gesprochen haben.
7. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
8. Die Berichterstatter der Antragskommission sprechen als erste zu den bearbeiteten Anträgen. Über Zusatz- oder Änderungsanträge muss zuerst beraten und entschieden werden, bevor über den Hauptantrag abgestimmt wird.
9. Während des Bezirksparteitages gestellte Sachanträge werden nur behandelt, wenn sie schriftlich bei der Versammlungsleitung eingereicht und von mindestens 50 stimmberechtigten Mitgliedern des Bezirksparteitages aus vier Unterbezirken unterschrieben worden sind und der Parteitag der Behandlung zustimmt. Sie sind nur zulässig, wenn sie auf einem Ereignis beruhen, das nach Schluss der Antragsfrist am 02. April 2005 eingetreten ist. Ende der Einreichungsfrist: Eine Stunde nach Eröffnung des Parteitages.
10. Die Wahlen erfolgen nach der geltenden Wahlordnung der SPD.

Bezirksvorstand

1. Vorsitzender	Sigmar Gabriel
Stellvertreter/in	Renate Jürgens-Pieper Hubertus Heil
Beisitzer/in	Gundolf Algermissen Dr. Wolfgang Domröse Petra Emmerich-Kopatsch Eva Folta-Schlaugat Annegret Ihbe Helmut Knebel Dr. Carola Reimann Bodo Seidenthal Ute Stockmann Detlef Tanke Ingolf Viereck Matthias Wehrmeyer
Geschäftsführer	Hans-Henning Schridde
Revisoren	Achim Diethelm Martina Fähmann Günter Ruppert
Schiedskommission	
Vorsitzender	Rainer Dworog
Stellvertreter/in	Wilfriede Heyer Dr. Helge Wendenburg
Beisitzer/in	Sylvia Gatz (verzogen) Hans-Ulrich Nitschke Reinhard Odenstein (ausgetreten) Christa Schmiedel

Die politische-organisatorische Tätigkeit des Bezirksvorstandes und des Bezirksausschusses und der Geschäftsführung im Bezirk Braunschweig

Der Bericht umfasst den Zeitraum vom Bezirksparteitag am 26. April 2003 in Königslutter bis zum Parteitag am 30. April 2005.

Der Bezirksvorstand hat achtzehn Sitzungen durchgeführt. Zu den Sitzungen wurden auch die Vorsitzenden der Unterbezirke - sofern sie nicht gewählte Mitglieder des Bezirksvorstands waren - mit beratender Stimme eingeladen.

Zur Verbesserung der Kontakte und des Informationsflusses hat der Vorstand begonnen, gemeinsame Sitzungen mit den Vorständen der Unterbezirke durchzuführen. In Braunschweig, Gifhorn, Helmstedt und Wolfsburg haben solche Sitzungen bereits

stattgefunden.

Darüber hinaus wurden einige Fachkonferenzen und zahlreiche Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaften, der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen, der Kulturinitiativen und der Wirtschaft durchgeführt.

Alle wesentlichen politischen Ereignisse, Konferenzen und Sitzungen sind in der nachfolgenden Übersicht chronologisch erfasst.

Ergänzend dazu folgen die Berichte der Arbeitsgemeinschaften, der Arbeitsgruppen, sowie der Landtags- und Bundestagsabgeordneten und der Fraktion im Zweckverband Groß-

raum Braunschweig.

Die von Sigmar Gabriel in der Einleitung seines "Berichts des Bezirksvorsitzenden" erwähnten Projekte

- Mitgliederwerbaktion
"Gerade Jetzt ! 4 in 2004"

- Einführung des
"Kleinen Parteitages"

- Mitgliederbefragung zur
Zukunft der Wehrpflicht

- Dialog mit den
DGB-Gewerkschaften

- Einrichtung der

1. Kommunalakademie

waren die Schwerpunkte unserer Arbeit.

Nachstehend nun die Übersicht:

Termine und wichtige politische Ereignisse

- | | |
|-----------|--|
| 26.04.03 | Bezirksparteitag im Königshof in Königslutter
Sigmar Gabriel wird Bezirksvorsitzender,
Gerhard Glogowski wird Ehrenvorsitzender des Bezirks |
| 09.05.03 | Konstituierung des neuen Bezirksvorstandes |
| 22.05.03 | Otto Bennemann, ehemaliger Bezirksvorsitzender, verstirbt mit 99 Jahren |
| 27.05.03 | Konferenz zur AGENDA 2010 mit Franz Müntefering in Peine |
| 01.06.03 | Außerordentlicher Bundesparteitag zur AGENDA 2010 in Berlin |
| 21.06.03 | Bezirksdelegiertenkonferenz zur Europawahl
Detlef Tanke wird Kandidat / Matthias Wehrmeyer Ersatzkandidat |
| 4./5.7.03 | Klausurtagung des Bezirksvorstandes in Volkse/Gifhorn zur Planung der politischen Arbeit für die laufende Wahlperiode |
| 17.05.03 | Ehemaliger Bezirksvorsitzender Hans-Jürgen Junghans verstorben |
| 09.09.03 | Verabschiedung des Ltd. Bezirksgeschäftsführers Rolf-Dieter Backhaus in Schöningen.
Nachfolger ist H.-Henning Schridde |
| 15.09.03 | Konferenz mit Hans Eichel zur Gemeindefinanzreform in Braunschweig |
| 10.10.03 | Tagung des Bezirksvorstandes, der UB-Vorstände, der OV-Vorsitzenden und OV-Kassierer/innen in Braunschweig zur Konsolidierung der Parteifinzen auf Landesebene |
| 17.10.03 | Ehemaliger Bezirksvorsitzender Rudolf Hauck verstorben |
| 01.11.03 | Auftakt der Kommunalakademie in der Stadthalle Braunschweig |

- 13.11.03 Tagung in Braunschweig mit Heiner Bartling zur Regionalentwicklung und Auflösung der Bezirksregierungen
- 16.11.03 Bundesdelegiertenkonferenz zur Europawahl in Bochum
Detlef Tanke erhält Platz 36 auf der Bundesliste
- 17./19.10.03 Ordentlicher Bundesparteitag in Bochum
Sigmar Gabriel wird in den Parteivorstand gewählt
- 01.12.03 Konferenz mit Generalsekretär Olaf Scholz zum Parteiprogramm in Peine
- 16.01.04 Konferenz zur Regionalentwicklung mit Landesminister a. D. Thomas Oppermann und Prof. Eichhorn in Königslutter
- 30.01.04 Konferenz in Braunschweig mit Franz Müntefering zur Bundespolitik
- 19./20.3.04 Seminar auf Burg Warberg zur Vorbereitung der Mitgliederwerbeaktion "GeradeJetzt! - 4 in 2004"
- 21.03.04 Außerordentlicher Bundesparteitag in Berlin.
Franz Müntefering wird Parteivorsitzender als Nachfolger von Gerhard Schröder
- 08.05.04 Auftaktveranstaltung zur Europawahl in SZ-Lebenstedt
- 27.05.04 Auftakt der Mitgliederwerbekampagne "GeradeJetzt! - 4 in 2004" in Braunschweig mit der stellv. Parteivorsitzenden Ute Vogt
- 11.06.04 Abschlussveranstaltung zur Europawahl in der Volkswagenhalle mit Franz Müntefering, Sigmar Gabriel, Detlef Tanke und NENA.
Rund 5.000 begeisterte Gäste besuchen dieses Europafest
- 13.06.04 Europawahl. Die Hoffnung, mit Detlef Tanke wieder einen Abgeordneten aus unserer Region in das Europaparlament zu entsenden, geht leider nicht auf.
- 03.07.04 1. Kleiner Parteitag in Vechelde. Thema: Zukunft der Wehrpflicht
- 16.-18.08.04 Sommerreise auf dem Schiff von Sigmar Gabriel. Seine Reise führt von Hannover über Hildesheim und Peine nach Braunschweig. Gäste seiner Reise sind u. a. Franz Müntefering, Heide Simonis und Landesbischöfin Margot Kaesmann aus Hannover
- 27.09.04 Neumitgliedertreffen im Volksfreundhaus in Braunschweig
- 14./15.01.05 Klausurtagung des Bezirksvorstands in Königslutter mit dem Politikwissenschaftler Prof. Franz Walter und Prof. Manfred Güllner vom Meinungsforschungsinstitut FORSA.
- 14.03.05 2. Kleiner Parteitag in Wolfenbüttel. Thema: Schul- und Bildungspolitik.
Referentin: Kultusministerin Doris Ahnen aus Rheinland-Pfalz
- 30.04.05 Ordentlicher Bezirksparteitag in Wolfsburg mit Bundeskanzler Gerhard Schröder

Unser Dialog mit den DGB - Gewerkschaften

Aus guter Tradition heraus, aber auch ausgelöst durch die Diskussionen über die Hartz-Gesetze und das vom DGB initiierte Arbeitnehmerbegehren, gab es zwei intensive Diskussionsrunden zwischen dem Bezirksvorstand und den hauptamtlichen Vertretern der im DGB organisierten Einzelgewerkschaften.

Gegenstand der Diskussionen waren vor allem die Steuer- und Sozialpolitik, die Inhalte des Arbeitnehmerbegehrens und das Verhältnis zwischen der SPD und den Gewerkschaften. Am Schluss des Meinungsaustausches wurde gemeinsam festgestellt, dass es in sehr vielen politischen Fragen Einigkeit gebe und dass nur in wenigen Punkten weiterer Diskussionsbedarf bestehe. Erneut wurde auch klar,

dass die SPD und die Gewerkschaften auch zukünftig nur erfolgreich sein würden, wenn sie nicht gegeneinander sondern miteinander für die politischen Ziele streiten. Zur Fortsetzung des Dialogs wurde vereinbart, Konferenzen zum Beispiel zur Steuerpolitik und zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme durchzuführen.

Europawahl 2004

Mit Detlef Tanke und Matthias Wehrmeyer als "Huckepackkandidaten" hatte der SPD-Bezirk Braunschweig zwei Kandidaten für die Europawahl nominiert, die als Garanten für ein soziales Europa stehen. In vielen Veranstaltungen innerhalb und außerhalb der Partei haben sie für die Europapolitik unserer Partei ge-

worben und dabei auf die vielfältigen Chancen hingewiesen, dass aus einem erweiterten Europa ein Garant für Frieden, Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität erwachsen kann.

Mit einem Europafest in der Volkswagenhalle in Braunschweig wurde der Europawahlkampf beendet, der überwiegend von bundespolitischen Themen bestimmt wurde.

Das relativ gute Abschneiden der SPD im Bezirk Braunschweig im Verhältnis zum Gesamtergebnis der Europawahl hat die Enttäuschung darüber, dass Detlef Tanke nicht in das Europaparlament einziehen konnte, nur wenig gemindert.

3. Ergebnisse der Europawahl am 13. Juni 2004 und Veränderung gegenüber der Europawahl am 13. Juni 1999 in Niedersachsen nach kreisfreien Städten und Landkreisen / Region Hannover

Kreisfreie Stadt Landkreis / Region Regierungsbezirk Land	Wahl- beteiligung		Gültige Stimmen	Darunter für...									
	2004	Veränderung gegenüber 1999		CDU		SPD		GRÜNE		FDP		PDS	
				2004	Veränderung gegenüber 1999	2004	Veränderung gegenüber 1999	2004	Veränderung gegenüber 1999	2004	Veränderung gegenüber 1999	2004	Veränderung gegenüber 1999
	%	%-P.		Anzahl	%	%-P.	%	%-P.	%	%-P.	%	%-P.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Braunschweig, Stadt	41,7	-3,1	77 391	37,5	-5,7	30,0	-9,4	16,2	7,8	6,6	3,4	2,9	0,8
Salzgitter, Stadt	36,9	-3,8	29 279	39,8	-3,8	34,3	-12,1	6,4	3,3	4,8	2,9	2,2	0,9
Wolfsburg, Stadt	36,8	-5,9	33 359	44,2	-4,4	31,2	-9,1	9,5	5,2	5,4	3,1	2,1	1,2
Gifhorn	45,4	1,4	58 373	49,4	-1,0	28,5	-9,3	9,0	4,2	4,8	2,5	1,5	0,6
Göttingen	41,1	-5,9	80 277	38,8	-3,5	27,4	-10,6	19,5	8,4	5,7	2,7	2,5	0,2
Goslar	37,4	-13,6	44 103	44,5	-1,7	31,2	-12,0	9,0	5,2	6,2	3,9	2,1	0,9
Helmstedt	38,8	-7,9	29 673	44,7	-2,4	32,7	-9,8	7,6	3,8	5,3	3,4	1,8	0,9
Northeim	41,1	-8,0	47 001	40,7	-0,7	36,7	-11,0	8,2	4,2	6,6	3,8	1,7	0,7
Osterode am Harz	36,4	-7,0	23 940	43,1	-0,7	35,0	-11,6	7,3	4,1	5,8	3,6	1,7	0,8
Peine	39,9	-6,2	40 440	40,9	-0,7	36,3	-11,9	9,0	4,8	5,1	3,1	1,7	0,9
Wolfenbüttel	43,6	-4,8	42 495	43,7	-1,9	31,2	-10,9	10,3	5,0	5,5	3,0	1,8	0,8
Reg. Bez. Braunschweig	40,4	-5,7	506 331	42,0	-2,6	31,5	-10,7	11,5	5,6	5,7	3,2	2,1	0,7

Mitgliederwerbe - Aktion

"Gerade Jetzt ! 4 in 2004"

Mit der Mitgliederwerbe - Aktion "Gerade Jetzt ! 4 in 2004" haben wir seit Beginn der Aktion am 27. Mai 2004 bis heute rund 450 neue Mitglieder gewonnen.

Das Ziel "250 Botschafter werben jeweils 4 also insgesamt 1000 Neumitglieder" ist zwar noch nicht erreicht. Wir haben aber in diesem Jahr bisher nahezu dreimal mehr neue, insbesondere



auch viele jüngere und ganz junge, Mitglieder gewinnen können als noch in den Jahren zuvor.

Einige der inzwischen 260 SPD-Botschafter waren besonders erfolgreich und haben 5 oder mehr neue Mitglieder gewonnen.

Mit der Aktion haben wir aber auch wieder gelernt, gezielt und persönlich Menschen anzusprechen, um sie von unseren Zielen und Idealen zu überzeugen.

Und wir haben fest gestellt: Es klappt ! Alles in allem ist das ein echter Erfolg !

Der kleine Parteitag

Die vom Bezirksvorstand vorgeschlagene und vom Bezirksausschuss beschlossene Einführung eines "Kleinen Parteitages" hat sich als sinnvoll und erfolgreich erwiesen. Der "Kleine Parteitag" soll jeweils der Auftakt und Einstieg in eine breite Diskussion über wichtige politische Themen der Regional-, Landes- oder Bundespolitik sein. Zum "Kleinen Parteitag" werden neben den Mitgliedern des Bezirksvorstandes und des Bezirksausschusses, alle Braunschweiger Abgeordneten des Europaparlaments, Bundestages und des Landtages,

alle UB - Vorsitzenden, die Vorsitzenden der Ratsfraktionen, der Ortsvereine und aller weiteren Gliederungen und alle hauptamtlichen Kommunalpolitiker eingeladen. Der Parteitag tagt parteiöffentlich.

Der 1. Kleine Parteitag fand am 3. Juli 2004 in Vechelde mit über 150 Funktions- und Mandatsträgern statt. In einer Podiumsdiskussion wurde sehr lebhaft über das Thema "Die Zukunft der Wehrpflicht" diskutiert. Diesem Parteitag folgten über 100 weitere Veranstaltungen in den Ortsvereinen und Unterbezirken, die schließlich in der Mitgliederbefragung zur Wehrpflicht mün-

deten und damit das Thema vorläufig beendeten.

Der 2. Kleine Parteitag war mit mehr als 160 Teilnehmern ebenfalls sehr gut besucht und erfolgreich. Die Kultusministerin aus Rheinland-Pfalz, Doris Ahnen, referierte über die Inhalte der PISA-Studien und über die notwendigen Konsequenzen für die Schul- und Bildungspolitik. Auch diesem Parteitag sollen jetzt Veranstaltungen zur Bildungspolitik in den Ortsvereinen und Unterbezirken folgen.

Die Mitgliederbefragung zur Zukunft der Wehrpflicht

Nachdem das Thema beim Kleinen Parteitag inhaltlich eingeführt war, wurden die Ortsvereine und Unterbezirke über den Ablauf der Mitgliederbefragung informiert.

Sie erhielten Argumentationshilfen, Referentenlisten und Vorschläge für die Organisation Mitgliederbefragung. Die Befragung fand in der Zeit vom November 2004 bis 15. März 2005 statt.

In mehr als 100 Versammlungen, Tagungen und Konferenzen wurden die Pro- und Contra-Argumente zum Thema referiert und diskutiert.

An der Befragung konnten sich 9.271 Mitglieder in mehr als 75 % der Ortsvereine beteiligen. Tatsächlich haben sich 2.202 Per-

sonen beteiligt; das entspricht knapp 25 %.

Wesentliche Ergebnisse der Befragung sind das klare Votum von 58 % für den Erhalt der Wehrpflicht und des Zivildienstes und für die Einführung eines Sozialen Pflichtjahres (67 %).

Wie vor der Befragung angekündigt, ist das Ergebnis als Empfehlung für das Abstimmungsverhalten der Delegierten des SPD-Bezirks Braunschweig beim Bundesparteitag im November in Karlsruhe zu bewerten.

Dementsprechend liegt dem Bezirksparteitag am 30.04.2005 ein Antrag vor, in dem das eindeutige Ergebnis der Befragung festgestellt wird und die Delegierten aufgefordert werden, dieses bei ihrem Abstimmungsverhalten zu berücksichtigen.

Die Bilanz der Befragung ist aus-

gesprochen positiv, denn die innerparteiliche Demokratie wurde durch ein neues Instrument reicher und damit gestärkt.

Wenn sich auch nicht alle Ortsvereine beteiligt haben, so ist doch festzustellen, dass wir mit interessanten Themen in der SPD eine Diskussion bis in den kleinsten Ortsverein hinein initiieren können.

Innerparteiliche Bildung / Kommunalakademie

Die innerparteiliche Bildung hatte in der Geschichte der SPD immer einen hohen Stellenwert.

Eine intensive Bildungsarbeit ist für uns eine Daueraufgabe, denn wir brauchen für unsere politische Arbeit immer wieder neu gut ausgebildete, qualifizierte Funktionäre und Mandatsträger. Um unseren Funktions- und Mandatsträgern und allen interessierten Mitgliedern ein umfassendes Bildungsangebot zu machen, hat der SPD Bezirk Braunschweig im Jahr 2003 erstmals wieder ein vielfältiges Angebot an Seminaren unterbreitet. Im einzelnen wurden folgende Themen angeboten:

- Grundsätze der Partei / Grundsatzprogramm / Parteigeschichte
- Parteiarbeit vor Ort / Motivation für Ortsvereinsvorsitzende
- Rhetorik und freies Reden
- Presse - und Öffentlichkeitsarbeit
- Organisationsstatut
- Gestalten von Internetseiten

Von diesen Seminaren konnten leider einige wegen zu geringer Teilnehmerzahlen nicht durchgeführt werden. Die Ursache für diese schwache Resonanz liegt wohl vor allem darin, dass die sogenannten "Endverbraucher", die Zielgruppe der Funktions- und Mandatsträger, über die Bildungsangebote schlecht oder gar nicht informiert waren. Der Informationsfluss muss daher wesentlich verbessert werden.

Das Versenden von Informationen per E-Mail hat sich hier als sehr positiv und erfolgreich erwiesen.

Über die o.a. Seminar - und Bildungsangebote hinaus wurden drei Workshops zur Mitgliederwerbung durchgeführt.

Des Weiteren hat der Bezirk an die Unterbezirke, Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften Referentinnen und Referenten für eigene Bildungsveranstaltungen vermittelt.

Schwerpunkt der Bildungsarbeit war die 1. Kommunalakademie der SPD im Bezirk Braunschweig. Von anfangs 127 Teilnehmern haben bis zum Ende 89 durchgehalten.

Im Einzelnen wurden in zwei Semestern bei acht Tagesseminaren und an zwei Wochenenden folgende Themenbereiche behandelt:

- Grundlagen der Kommunalpolitik und der NGO
- Handlungsfelder der Kommunalpolitik
- Kommunale Jugend - und Sozialpolitik
- Zielkonflikte in der Wirtschafts- und Umweltpolitik
- Kommunale Finanzpolitik / Haushaltsplanstruktur
- Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft
- Schlüsselqualifikationen für die politische Arbeit
- Zielfindung, Verhandlung und Moderation
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

- Politisches Handeln durch freies Reden / Rhetorik

Während der gut 80 Seminarstunden haben sich die Teilnehmer umfangreiches Wissen über die Handlungsfelder der Kommunalpolitik angeeignet und ergänzend wichtige Management-Fähigkeiten erlernt.

Ihre erfolgreiche Teilnahme wurde ihnen mit der Überreichung eines Zertifikats durch den Bezirksvorsitzenden bestätigt. Allen Referenten und Teamern, die zum Gelingen der 1. Kommunalakademie beigetragen haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Ausblick

Im Mai 2005 werden erneut im Rahmen einer 2. Kommunalakademie eine Reihe von Seminaren zur Kommunalpolitik und zu politischen Schlüsselqualifikationen angeboten. Diese 2. KA wird im März 2006 abgeschlossen werden.

Im Hinblick auf die Kommunalwahlen und die Bundestagswahlen im Herbst 2006 werden Tagesseminare und Wochenendlehrgänge zu folgenden Themen vorbereitet:

- Kommunalpolitische Leitlinien und Wahlprogramme
- Grundlagen und Handlungsfelder der Kommunalpolitik
- Wahlkampf machen / Wahlen gewinnen

Für die laufende politische Arbeit sind folgende Seminarangebote in Vorbereitung:

- Parteiarbeit vor Ort / Vorstandsarbeit
- Das neue Parteiprogramm
- Neue Mitglieder lernen die Partei kennen
- Rhetorik / Öffentlichkeitsarbeit/ Schlüsselqualifikationen

Alle Bildungsangebote sind als Hilfe und Unterstützung für die praktische, politische Arbeit in den Ortsvereinen und Unterbezirken gedacht.

Wir hoffen, dass die Angebote gut angenommen werden und bitten insbesondere die Vorsitzenden der Ortsvereine, der Verbände und der Rats- und

Kreistagsfraktionen ihre Mitglieder über die Seminar- und Bildungsangebote regelmäßig zu informieren.

Karl-Heinz Mühe

“Gemeinsam mehr erleben” Politische Bildung - Reisen und Seminare

Der Bezirksvorstand hat eine Projektgruppe "Politische Bildung - Reisen und Seminare" gebildet, um den Gliederungen unserer Partei die Möglichkeit zu geben, die Identifikation, das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Mitgliederbindung zu verstärken.

Mit dem SPD-ReiseService ist ein Konzept entwickelt worden, dass neben der bewährten Form der Gruppenreisen für Einzelmitglieder, hier insbesondere Kreuzfahrten und Fernreisen, auch spezielle Reiseangebote (Studienfahrten) für die Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften beinhaltet.

Dafür bieten wir gemeinsam mit dem SPD-ReiseService ein Dienstleistungsangebot, dass den gesamten organisatorischen Aufwand, die Absicherung sämtlicher versicherungsrechtlicher und steuerrechtlicher Erfordernisse sowie selbstverständlich die Abdeckung jeglicher finanzieller Verantwortung übernimmt.

Für Reisen der Ortsvereine, der Arbeitsgemeinschaften, Unterbezirke und Fraktionen schlagen wir zukünftig den SPD-Reise-

Service als Organisator vor. Wenn sich also eine Gliederung der Partei entscheidet, für Mitglieder in ihrem Bereich eine Reise zu einem beliebigen Ziel auszuschreiben, tritt sie gemeinsam mit dem SPD-ReiseService als Veranstalter der Reise auf. Rechtlich liegt die Verantwortung jedoch allein beim SPD-ReiseService, so dass für die Gliederung bzw. Arbeitsgemeinschaft, also dem regionalen Veranstalter, keine finanziellen Verpflichtungen oder Haftungsfragen entstehen. Haftpflicht- und Insolvenzversicherung des SPD-ReiseService treten im Bedarfsfall ein. Selbstverständlich kann eine Busfirma vor Ort angeworben und die Reiseleitung durch die Gruppe gestellt werden.

Der SPD-ReiseService hat zusätzlich die Möglichkeit wie kein anderer Reiseveranstalter, am Reiseziel SPD-Kontakte herzustellen und politische Programme zu vermitteln. Daher könnten Studienfahrten, z.B. für SPD-Fraktionen der Gemeinden, Städte und Bezirksvertretungen organisiert werden.

Wie heißt es so schön: Ihr bestimmt, wohin die Reise gehen

soll - wir können Euch sagen, wie es funktioniert.

So haben wir eine Baltikum-Reise vom 15. - 25. September 2004 erfolgreich durchgeführt und auch am SPD-Frühlingstreffen am Gardasee vom 23. - 30. April 2005 werden Genossinnen und Genossen aus dem Bezirk teilnehmen.

Schon jetzt werben wir für ein Herbsttreffen in der Toskana vom 28. Oktober - 6. November 2005 (www.spd-reiseservice.de). Die Ausschreibung wird über die Abteilungs-, Orts-, Unterbezirks- und Fraktionsvorsitzenden den Gliederungen rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Wenn Ihr Fragen habt, ruft mich bitte einfach direkt unter Tel. 05365-2346 an oder wendet Euch an die Bezirksgeschäftsstelle (Karl-Heinz Mühe) unter Tel. 0531-4809827. Wir stehen als Kontaktpersonen vor Ort für die erste Beratung gern zur Verfügung und freuen uns auf Eure Anfragen.

Bodo Seidenthal

Mitgliederbestand / Organisationsgrad / Beitragsdurchschnitt 2003

Unterbezirke Wahlberechtigte 2002	Mitglieder insgesamt 31. 12.	davon männlich	davon weiblich	Anteil Frauen in %	Org.grad in %	Beitrags- durchschnitt EUR
Braunschweig 188.217	2.404	1.668	736	30,6	1,28	7,48
Gifhorn 128.719	1.729	1.262	467	27,0	1,34	6,30
Goslar 121.336	1.953	1.419	534	27,3	1,61	5,85
Helmstedt 77.913	1.673	1.218	455	27,2	2,15	5,48
Osterode 67.891	1.428	1.082	346	24,2	2,10	5,41
Peine 102.258	2.342	1.718	624	26,6	2,29	5,74
Salzgitter 81.987	1.302	941	361	27,7	1,59	6,66
Wolfenbüttel 98.869	2.083	1.457	626	30,0	2,11	6,29
Wolfsburg 91.445	1.160	797	363	31,3	1,27	7,60
Bezirk 958.635	16.074	11.562	4.512	28,01	1,68	6,30

Mitgliederbestand / Organisationsgrad / Beitragsdurchschnitt 2004

Unterbezirke Wahlberechtigte 2004	Mitglieder insgesamt	davon männlich	davon weiblich	Anteil Frauen in %	Org.grad in %	Beitrags- durchschnitt EUR
Braunschweig 187.660	2.200	1.531	669	30,4	1,17	7,55
Gifhorn 130.857	1.579	1.143	436	27,6	1,21	6,32
Goslar 120.251	1.820	1.328	492	27,0	1,51	5,90
Helmstedt 77.753	1.538	1.112	426	27,7	1,98	5,59
Osterode 67.259	1.306	991	315	24,1	1,94	5,44
Peine 103.100	2.145	1.555	590	27,5	2,08	5,85
Salzgitter 80.901	1.248	896	352	28,2	1,54	6,61
Wolfenbüttel 98.992	1.957	1.359	598	30,6	1,98	6,40
Wolfsburg 92.024	1.091	747	344	31,5	1,19	7,76
Bezirk 958.797	14.884	10.662	4.222	28,4	1,55	6,37

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben 2003

Einnahmen	EUR	Ausgaben	EUR
Mitgliedsbeiträge	665.093,52	Personalausgaben	685.960,68
Mandatsträgerbeiträge	51.494,90	Lfd. Geschäftsbetrieb	183.130,63
Übersch. aus Vermögen	45.820,48	Allg. politische Arbeit	37.445,85
Spenden	42.844,12	Öffentlichkeitsarbeit	56.781,63
Zuschüsse von Gliederungen	257.670,90	Zuschüsse an Gliederungen	146.517,00
Sonstiges	0	Wahlen	45.309,80
Insgesamt	1.062.923,92		1.155.145,59

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben 2004

Einnahmen	EUR	Ausgaben	EUR
Mitgliedsbeiträge	642.499,85	Personalausgaben	717.471,12
Mandatsträgerbeiträge	61.449,35	Lfd. Geschäftsbetrieb	158.756,54
Übersch. aus Vermögen	26.666,31	Allg. politische Arbeit	50.593,90
Spenden	29.164,55	Öffentlichkeitsarbeit	29.050,54
Zuschüsse von Gliederungen	345.437,09	Zuschüsse an Gliederungen	152.974,98
Sonstiges	5,00	Wahlen	39.552,19
Insgesamt	1.105.222,15		1.148.399,27

Die SPD-Bundestagsabgeordneten im Bezirk Braunschweig:

Verantwortung für unsere Region

Zwischenbilanz für den Ordentlichen Bezirksparteitag am 30. April 2005 in Wolfsburg

Teamarbeit ist gefragt, wenn es gilt, den berechtigten Interessen unserer Region in Berlin Gehör zu verschaffen. Seit der Bundestagswahl 2002 besteht die Gruppe der Bundestagsabgeordneten im SPD-Bezirk Braunschweig aus:

Hubertus Heil MdB, direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Gifhorn-Peine, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Telekommunikation und Post, Mitglied für den Deutschen Bundestag im Beirat der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, stellvertretender Vorsitzender der niedersächsischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied im Sprecherkreis des Netzwerkes Berlin.

Zwischenbilanz:

Was uns bewegt, was wir bewegen.

Gemeinsam haben wir viel erreicht und gemeinsam wollen wir in den nächsten Jahren unsere Region weiterentwickeln. Deshalb haben wir vor zwei Jahren in einem Positionspapier unsere Forderungen an die Bundesebene für die kommenden Jahre festgelegt. Dieses Papier gab einen Anstoß für einen Dialog, den wir mit Kommunen, Ver-

Dr. Wilhelm Priesmeier MdB, direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Goslar-Northeim-Osterode, stellvertretender Sprecher im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Tierschutzbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion.

Dr. Carola Reimann MdB, direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Braunschweig, Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und soziale Sicherung, Mitglied der Enquêtekommision "Ethik und Recht der modernen Medizin", Mitglied im Sprecherkreis des Netzwerkes Berlin.

einen, den Kirchen, Verbänden, der Wirtschaft und den Gewerkschaften geführt haben. Ziel dieses Dialoges war es, einen "Pakt für die Zukunft unserer Region" zu schließen. Die Schwerpunkte dieses Paktes sind unsere Anliegen in der Arbeit der letzten und der kommenden Jahre. In diesem Pakt haben wir uns 2002 neun zentrale Ziele gesetzt.

Wilhelm Schmidt MdB, direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Sprecher der Fraktion im Ältestenrat; Verhandlungsführer im Vermittlungsausschuss, Kirchenbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion, Stellvertretendes Mitglied des Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie im Sportausschuss.

Hans-Jürgen Uhl MdB, direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Wolfsburg-Helmstedt, Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

Dieser Bericht gibt Anlass, eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Ziel 1: Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken.

Unser Ziel bei der Reform der Gemeindefinanzen und der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war sowohl die Verstärkung der Einnahmehbasis der Kommunen, als auch

de Stärkung ihrer Investitionskraft.

Zwischenbilanz: Wir haben in den letzten zwei Jahren dafür gekämpft, dass unsere Städte, Landkreise und Gemeinden sowohl auf der Einnahmen-, als auch auf der Ausgabenseite entlastet wurden. Nicht alles, was wir wollten, haben wir tatsächlich erreicht, weil die Union sowohl bei der Gemeindefinanzreform als auch beim Steuervergünstigungsabbaugesetz wesentliche Teile blockiert hat. Und doch sind wir in diesem Bereich wesentlich vorangekommen.

So zum Beispiel durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer, den Abbau einiger Steuervergünstigungen und die Veränderung der Gewerbesteuerumlage sowie auch durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Ziel 2: Die Verkehrsinfrastruktur in der Region weiter ausbauen. Bei der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans haben wir für die berechtigten Interessen unserer Region gekämpft.

Zwischenbilanz: Gemeinsam haben wir uns erfolgreich für eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und damit des Wirtschaftsstandortes eingesetzt.

Wichtige Projekte konnten in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen und zum "vordringlichen Bedarf" erklärt werden. Erfolge waren vor allem die Aufnahme der Fortführung der A39 in ganzer Länge in den "vordringlichen Bedarf" und der Aus-

bau der B4 und weitere Ortsumgehungen (etwa für Rötgesbüttel, Brome und Velpke/Danndorf/Grafhorst/Oebisfelde).

Gemeinsam haben wir in intensiven Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Wohnen dafür gesorgt, dass der zweigleisige Ausbau der ICE-Strecke Groß Gleidingen-Hildesheim auf einen Spitzenplatz der zu verwirklichenden Projekte gesetzt wurde.

Ziel 3: Süd-Ostniedersachsen als Wissenschafts- und Forschungsregion stärken.

Wir wollten diese Stärke unseres Wirtschaftsstandortes weiter ausbauen. Den Bundeseinrichtungen in unserer Region fällt dabei eine zentrale Rolle zu.

Zwischenbilanz: Ein Erfolg dieser Bemühungen: der Standort für das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit Braunschweig wurde erweitert. Uns lag und liegt auch daran, den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu fördern.

Auf unsere Initiative hin machte im Dezember 2004 beispielsweise der "nanoTruck" (Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung) in Braunschweig und Salzgitter Station, um über die Chancen und Risiken der Nanotechnologie zu informieren.

Den Aufbau des Norddeutschen Wasserzentrums in Peine begleiten und unterstützen wir. Die Zusammenarbeit für die Region wird in einem Initiativkreis Forschung intensiviert.

Mit großem Engagement haben wir - leider vorerst erfolglos - für

den Erhalt des Georg - Eckert - Institutes für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig gekämpft.

Daneben steht unser Einsatz für die Physikalisch - Technische Bundesanstalt (PTB), die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), den Forschungsflughafen Braunschweig sowie für die Universitäten und Fachhochschulen der Region.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit bildet die Förderung der Nutzung der regionalen Potenziale im Bereich innovativer umweltfreundlicher Technologien. Dazu gehört die stärkere Nutzung nachwachsender Rohstoffe in der Region - sowohl auf der Anbau- als auch auf der Nutzungsseite.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn ist Schirmherrin der von Wilhelm Schmidt initiierten "Internationalen Junior-Universität Salzgitter", die für 1.400 junge "Studenten" ein interessantes ergänzendes Bildungsangebot präsentiert.

Ziel 4: Kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründer unterstützen.

Dafür brauchen diese Unternehmen in unserer Region faire Wettbewerbsbedingungen, den Abbau von überflüssiger Bürokratie und einen ausreichenden Zugang zu Kapital.

Zwischenbilanz: Mit dem Umbau der Förderbanken des Bundes (DtA und KfW) wird ein schlagkräftiges Instrument zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen.

Dabei kommt der Förderung von Existenzgründungen eine entscheidende Rolle zu.

Von wichtiger Bedeutung für die kleineren Unternehmen in unserer Region zu dem der "Masterplan Bürokratieabbau" der Bundesregierung sowie eine Entlastung durch die Steuerreformschritte seit 1999. Wir haben uns gegen die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (kurz: GA-West) für die westdeutschen Bundesländer gewandt. Ohne diese Mittel, die häufig zur Gegenfinanzierung von EU-Fördergeldern genutzt werden, wäre eine Wirtschaftsförderung in vielen Kreisen, Städten und Gemeinden entlang der ehemaligen Grenze nicht mehr möglich. Die GA-West ist nun bis zum Jahr 2008 festgeschrieben. Pro Jahr fließen rund 100 Millionen Euro - das kommt auch Projekten in unserem Bezirk zu Gute. Wir brauchen auch in der Förderpolitik eine Wiedervereinigung - eine, die unser Land nicht in Ost und West teilt.

Ziel 5: Die Sicherung unserer großen Industriebetriebe und der Erhalt von Regeln zur Abwehr feindlicher Übernahmen.

Unternehmen wie Volkswagen und die Salzgitter AG sind das Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft. Eine regionale Mitsprache bei zentralen Unternehmensentscheidungen und die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für uns unerlässlich.

Zwischenbilanz: Wir kämpfen weiterhin für Mitbestimmung, das

VW-Gesetz und die Tarifautonomie. Diese wichtigen Errungenschaften haben wir in den letzten Jahren gegen konservativen und neoliberalen Widerstand verteidigen können.

In den nächsten Jahren kommt es darauf an, die deutsche Mitbestimmungskultur im Zuge der europäischen Integration weiter zu entwickeln.

Bei der Europäischen Übernahmerichtlinie haben wir uns gemeinsam mit der Bundesregierung und unseren sozialdemokratischen Europaabgeordneten erfolgreich dafür eingesetzt, dass sich deutsche und europäische Unternehmen auch weiterhin gegen feindliche Übernahmen verteidigen können. Abwehrmaßnahmen können weiterhin durch Aufsichtsrat und Vorstand beschlossen werden. Das ist gleichzeitig ein Garant für die Beteiligung der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten.

Bei der Europäischen Aktiengesellschaft und bei der Europäischen Fusionsrichtlinie drohte nach den Vorschlägen der EU-Kommission ein Abbau der Arbeitnehmerrechte in Deutschland. Einer Flucht aus der deutschen Mitbestimmung wäre durch Verlagerungen des Hauptsitzes großer Kapitalgesellschaften Tür und Tor geöffnet worden. Durch den Einsatz der Bundesregierung und SPD-Bundestagsabgeordneter konnte dies verhindert werden.

Grundsätzlich muss gelten: In Europa gibt es eine Vielzahl der Kulturen und Traditionen zur Beteiligung der Arbeitnehmerin-

nen und Arbeitnehmer am Wirtschaftsleben. In unserem Land hat sich über Jahrzehnte eine Mitbestimmungskultur gefestigt, die angesichts der Herausforderungen der Globalisierung zukunftsentscheidend ist. Wir müssen in Europa stets dafür sorgen, dass die Vielfalt der Beteiligungsrechte erhalten bleibt und andere - oft individuelle nationale - Sichtweisen akzeptiert werden. Dies gewinnt insbesondere an Bedeutung, wenn wir über ein Europäisches Sozialmodell im 21. Jahrhundert diskutieren. Europa hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Dimension.

Dazu gehören Teilhabe und Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Europäische Regelungen dürfen in keinem Fall zu einem Wettlauf um die niedrigsten Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer führen.

Mit Spannung verfolgen und begleiten wir in diesem Zusammenhang auch die Diskussion um das VW-Gesetz.

Mit regelmäßigen Gesprächen und Betriebsbesuchen sind alle fünf Abgeordneten in häufigen und engen Kontakten zu den mittelständischen Unternehmen, zum Handwerk und zur Landwirtschaft in der Region.

Durch die verschiedenen Stufen der Steuerreform ist gerade auch hier eine konkrete Förderung ermöglicht worden.

Hubertus Heil
Sprecher der Braunschweiger Abgeordneten

Bericht über die Arbeit der Gruppe der SPD-Landtagsabgeordneten im Bezirk Braunschweig für den Zeitraum von 2003 bis 2005

Nach der verlorenen Landtagswahl 2003 mussten sich die Abgeordneten der Braunschweiger Gruppe in die Arbeit als Opposition einfinden.

Nachdem es gelungen war, alle Politikfelder innerhalb der Fraktion mit unseren 11 Abgeordneten zu besetzen, galt es, die Arbeit neu zu strukturieren, Netzwerke zu knüpfen.

Großen Wert legten wir dabei auf den Informationsaustausch mit anderen Entscheidungsträgern und gesellschaftlich relevanten Gruppen (Großraumverband, Sozialverbände, Gewerkschaften, Personalvertretungen, Arbeitsverwaltung usw.).

Sie luden wir zum Meinungsaustausch in unsere monatlich stattfindenden Gruppensitzungen ein.

Bei Bereisungen in der Region wurde dieser Meinungsaustausch vertieft und neue Informationen gesammelt.

Im Berichtszeitraum beschäftigte sich die Gruppe bei ihren Sitzungen schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

1. Verwaltungsreform
 - Auflösung der Bezirksregierung
2. Polizeireform
 - Auswirkungen auf den Bezirk Braunschweig
 - Gespräche mit der GdP

3. Schulreform
4. RegioStadtBahn
5. ECE
6. Nahverkehrsgesetz
7. Kürzungen im Hochschulbereich
8. Fachhochschule Goslar
9. Kürzungen im sozialen Bereich
 - Gespräche mit der Diakonie und der AWO
10. Europawahl
11. Arbeitsmarktpolitik
 - Hartz IV
 - Optionsmodell
 - Jugendarbeitslosigkeit
 - Gespräche mit ver.di BS
12. Wahlkreisreform
13. Stiftung Braunschweigerischer Kulturbesitz

Neben der Bearbeitung der Fachthemen fand regelmäßig eine Bewertung der politischen Situation vor Ort durch die Wahlkreisabgeordneten statt.

Dieses Meinungsbild war gerade nach der öffentlichen Diskussion über Nebentätigkeiten und Beraterverträge sehr wichtig.

Trotz der nicht einfachen Situation tritt die Gruppe der Braunschweiger Abgeordneten geschlossen auf und bietet so ein einheitliches Bild.

Wir freuen uns, seit dem 01.02.2005 Klaus Schneck, Wahlkreis 8 - Gifhorn-Nord - als Nachrücker für Uwe Bartels - in der Gruppe der Braunschweiger Abgeord-

neten zu begrüßen.

Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Petra Emmerich-Kopatsch rückt als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Haushalt und Finanzen nach.

Somit sind wir jetzt mit 12 Abgeordneten aus dem SPD-Bezirk Braunschweig im Landtag vertreten.

Mit einer konstruktiven Oppositionsarbeit werden wir weiterhin an die erfolgreiche Politik der SPD bis 2003 anknüpfen.

Rosemarie Tinius, MdL
Sprecherin der SPD-Landtagsabgeordneten
im SPD-Bezirk Braunschweig

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD im Bezirk Braunschweig



Bericht über die Tätigkeit der AfA
in den Jahren 2003 bis 2005

Die AfA weiß, dass wir uns in
schwierigen Veränderungsprozessen
befinden.

Dabei darf der Kampf um soziale
Gerechtigkeit bei allen "Reform"-
Bestrebungen nicht vernachlässigt
werden. Deshalb kämpft die
AfA in der SPD um die Beibehaltung
der Politikstandards für eine
sozial gerechte Politik.

Die SPD muß Wertepartei, Mit-
gliederpartei und Volkspartei sein
und bleiben.

Keine Politik ist alternativlos. Das
Eintreten für die sozial Schwachen
muss ein Gütesiegel der
Sozialdemokratie bleiben. Wenn
dieses Gütesiegel verloren geht,
wird die SPD in Zukunft nicht
mehr mit Mehrheiten rechnen
können.

In der jetzigen Situation hilft den
Arbeitnehmern nicht das Austreten
aus der SPD, sondern jetzt
erst recht eintreten. Nur so lassen
sich in der Partei Mehrheiten
für eine andere Politik schaffen.

Was CDU und CSU im letzten
Jahr auf ihren Parteitag beschlossen
haben, ist der Abschied von der
sozialen Marktwirtschaft des
Ludwig Erhardt und hat das
Adjektiv "asozial" verdient. Die
Zerstörung der Tarifautonomie
und der Einstieg ins Lohndumping,
die Beschneidung von Arbeitnehmerschutz-
rechten schaffen keine Arbeits-
plätze, im Gegenteil, sie vernichten
sie und bedrohen unsere

demokratische Gesellschaft.

Die neoliberale Konzeption des
Raubtierkapitalismus ist nicht die
Lösung des Problems, sie ist
vielmehr das Problem selbst.

Was haben wir in den letzten
zwei Jahren gemacht?

Die Rede von Gerhard Schröder
zur Agenda 2010 hatte nicht nur
zur Folge, dass Holger Fricke als
AfA-Bezirksvorsitzender zurücktrat.
Wir haben uns als AfA offensiv
damit auseinandergesetzt. Das
Thema zieht sich seitdem als
roter Faden durch die gesamte
AfA-Arbeit auf Kommunal-,
Bezirks-, Landes- und Bundes-
ebene.

Das damals anlaufende Mit-
gliederbegehren und der dann kurz-
fristig einberufene Sonderpartei-
tag verlangte uns zusätzliche
Kraftanstrengungen ab.

Zwei Veranstaltungen des AfA
Bezirksvorstandes in Zusammen-
arbeit mit den Unterbezirken
in Peine zum Thema "Kündigungsschutz"
und in Helmstedt zum Thema
"Werte" waren Schwerpunkte der
Arbeit.

Desweiteren eine durchgeführte
AfA-Vorstandsklausur, auf der
das 10 Punkte Programm für die
neue Wahlperiode des Bezirks-
vorstandes beschlossen wurde,
stand vor der Sommerpause an.
Die inhaltlichen Festlegungen
der Klausur betrachte ich als
wegweisend für die AfA im
Bezirk Braunschweig. So klar hat
sich die AfA noch nie vorher
positioniert.

Danach gab es noch eine ge-
meinsame Sitzung mit dem AfA-
UB-Vorstand in Peine mit Hu-
bertus Heil, der Teil einer Serie
"Der AfA-Bezirksvorstand tourt
durch den Bezirk" ist.

Im November 2003 führte die AfA
ihre Bezirkskonferenz in Peine
durch. Referent war Sigmar Ga-
briel zum Thema "SPD und Ge-
werkschaften - zwei Wege, ein
Ziel?" Dort wurde ein neuer
Bezirksvorstand gewählt.

Bezirksvorsitzender wurde Kon-
rad Metzging (UB Peine), Stell-
vertreter Michaela Sonnenbrodt
(UB Helmstedt) und Jörg Hitz-
mann (Betriebsgruppe Post / Te-
lekom), als Schriftführerin Wal-
traud Rybotycky (UB Helmstedt)
und Pressewart Rudolph Förstel
(UB Braunschweig).

Am 21.01.2004 fand in Helm-
stedt die Konstituierung des neu-
en Bezirksvorstandes mit Hans-
Jürgen Uhl statt.

Auf dem AfA-Bundeskongreß im
März in Erfurt waren wir mit Kon-
rad Metzging, Jörg Hitzmann,
Michaela Sonnenbrodt, Dieter
Flörke, Waltraud Rybotycky, Mo-
nika Krage, Gunther Wachholz,
Bernd Rabe und Günter Pinkvoß
vertreten.

Ottmar Schreiner wurde als Vor-
sitzender wiedergewählt und
Michaela Sonnenbrodt in den
Bundesvorstand, sowie der
Leitantrag "Solidarisch und ge-
recht! - Den Wandel sozial ge-
stalten", beschlossen.

Es wurden monatlich Vorstandssitzungen abgehalten.

Am 3. April beteiligte sich die AfA an der Großdemo in Berlin - "Gegen Sozialabbau - Für ein soziales Europa" .

Im Mai und Juni stand der Europawahlkampf ganz im Mittelpunkt, wieder nicht mit dem erhofften Ergebnis.

Die AfA im Bezirk Braunschweig traf sich mit den anderen Arbeitsgemeinschaften zur The-

menabsprache und Terminkoordination.

Der Bezirksvorstand führte ein Gespräch mit Bärbel Vogel, der Gesamtpersonalratsvorsitzenden am Klinikum Braunschweig, über die Situation der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst.

Mit dem DGB Regionsvorsitzenden Gundolph Algermissen wurde über "Partei und Gewerkschaften" gesprochen, mit Carola Reimann im UB Braunschweig

über das Themenfeld "Gesundheitspolitik".

Weitere Termine mit den anderen Bundestagsabgeordneten sind in Planung.

Für die große Unterstützung der Genossinnen und Genossen im SPD-Bezirks-Büro bedanken wir uns recht herzlich.

Konrad Metzging
AfA Bezirksvorsitzender

Bericht der AfA Betriebsgruppe Post/Telekom/Postbank im SPD-Bezirk Braunschweig

Unsere Betriebsgruppe versteht sich als eine unternehmensübergreifende Gruppe von Sozialdemokraten/innen der drei Unternehmen Post/Postbank und Telekom sowie ihrer mehreren hundert Tochter- und Subunternehmen. Die weitere Austöchterung und Umwandlung von Unternehmensteilen stellt nicht nur die AfA-Post vor große Herausforderungen. Auch die Interessenvertretung der Beschäftigten durch ver.di wird durch die immer neuen Strukturen immer komplizierter.

Auch die Politik der Umwandlung von vollen Dienstposten bzw. Arbeitsplätzen in Teilzeitarbeit erschwert unsere Arbeit, da viele der nun entstandene Arbeitsplätze von Studenten bzw. Hausfrauen auf 400 € Basis besetzt werden.

Es ist uns aber gelungen, einen funktionsfähigen Vorstand und auch einige Veranstaltungen zu organisieren.

Unter dem Motto "Europawahlen

- was geht das uns an?" haben wir mit Matthias Wehrmeyer ausführlich über die Notwendigkeit der Integration von Arbeitnehmerrechten in der Europäischen Union diskutiert.

Höhepunkt unserer Arbeit war eine gemeinsame Veranstaltung der AfA-Post und ver.di zum neuen Post-Personal-Rechts-Gesetz.

Es ist uns gelungen die post- und telekompolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Barthel (Starnberg) und Hubertus Heil (Peine) sowie Peter Weiser vom ver.di Landesbezirk Hannover als Referenten zu gewinnen. Wir haben sehr ausführlich und auch kontrovers über das neue Gesetz diskutiert.

Es hat sich gezeigt, daß Partei und Gewerkschaft auch in schwierigen Hartz-Zeiten einen gemeinsamen Nenner haben und, daß es möglich ist, eine gemeinsame Veranstaltung zu organisieren.

Die AfA Post hat für den AfA-

Bundeskongress zwei Anträge zu den Problematiken "Fensterarbeitsplätze" und "Steuerflucht" ausgearbeitet, welche dort so beschlossen worden sind.

Auf Einladung der IG BCE hielt unser Vorsitzender am 01. Mai 2004 die Mairrede in Wittmar.

Mit mehreren Zeitungsartikeln und Leserbriefen zu politischen Fragen hat sich die AfA-Post auch in den Printmedien dargestellt.

Ein zweites wichtiges Standbein unserer Arbeit sind die jährlichen Studienreisen, die unter der Leitung des Ehrenvorsitzenden des Zentralen Betriebsgruppen Ausschusses Gerhard Grüttemann stehen.

Die Studiengruppe fuhr im Jahr 2004 in den Oberharz nach Braunlage-Hohegeiß.

25 Genossinnen und Genossen aus dem Bundesgebiet erlebten ein abwechslungsreiches Programm bei wunderschönem Wetter unter dem Motto: Der Harz - immer ein Erlebnis.

Programmpunkte waren unter anderem:

- Kleine geführte Tour durch Hohegeiß
- Der "wilde" Oberharz mit Torfhaus, Bad Harzburg, Goslar und Hahnenklee
- Rundfahrt durch den "romantischen" Oberharz mit Blankenburg, Quedlinburg, Thale und Bodetal
- Werningerode und

Brockenfahrt mit Besichtigung der Wetterstation

- Südharz mit Stolberg und Walkenried
- Fahrt nach Wolfenbüttel und Braunschweig mit Stadtbesichtigungen im Cabrio Bus "auf Lessings Spuren"
- Führung durch das Museum des Ortes Hohegeiß durch den Ortsbürgermeister Stefan Grote

Für das Jahr 2005 ist eine Studienreise in den Raum Krakau geplant.

Zum Schluss möchten wir uns bei allen Beschäftigten im Bezirksbüro, speziell bei "unserem" Sekretär Volker Taube für die große Unterstützung bedanken.

Jörg Hitzmann
Vorsitzender

Bericht der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Bezirk Braunschweig 2003 - 2005

"Vereinbarkeit von Familie und Beruf - kein entweder - oder",
"Frauen in Führungsetagen noch immer einsame Spitze",
"Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit",
"Unterrepräsentanz von Frauen besteht leider besonders in vielen akademischen Berufen."
Ist doch alt, aber immer wieder neu auf der Tagesordnung.

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) im Bezirk Braunschweig ist wie auf Landesebene weiterhin erforderlich, um die Gleichstellung von Frauen und Männern umzusetzen.

Frauen sind im Erwerbsleben nach wie vor benachteiligt. Obwohl die jetzt berufstätigen Frauen zu den am besten ausgebildeten gehören, haben Frauen im Durchschnitt ein geringeres Einkommen als Männer. In den Führungsetagen von Wirtschaft und Verwaltung sind Frauen deutlich seltener zu finden als



Männer. Und dieses sind nur einige Beispiele, die aufzeigen, dass es noch immer nicht genug Frauen gibt, die es in die erste Reihe geschafft haben.

Was ist zu tun?

Wenn nicht wir Frauen, wer sonst kümmert sich darum?

Die SPD hat sich dafür ausgesprochen, die Gleichstellung als Querschnittsaufgabe für alle

Politikfelder anzusehen und auch umzusetzen. Reformen in der Zukunft sind ohne ASF undenkbar. Nur mit den Frauen und den Männern in der SPD sind Reformen umzusetzen.

Mehr Chancen für Frauenpolitik ist Bestandteil einer modernen Gesellschaftspolitik und daran wird sich die ASF konstruktiv beteiligen.

Es gilt für uns, sich weiterhin engagiert in der Frauenpolitik für Chancengleichheit und die Balance von Familie und Beruf einzusetzen.

Die ASF im Bezirk Braunschweig hat in den zurückliegenden Jahren in öffentliche Veranstaltungen, parteiinternen Sitzungen, in Zusammenarbeit mit dem SPD-Vorstand und durch Öffentlichkeitsarbeit diese Themen immer wieder in den Vordergrund gerückt. Mit Anträgen, Gesprächen mit Betroffenen, mit jungen Männern und Frauen u.ä.m. hat die ASF die Probleme in die Öffentlichkeit getragen.

Die ASF beteiligt sich intensiv an einem Austausch und an einer Zusammenarbeit mit der SPD des Bezirks, den SPD-Landtagsabgeordneten, den örtlichen Arbeitsgemeinschaften und der Gleichstellungskommission des Bezirks. Informationsveranstaltungen und Bearbeitung von Themenschwerpunkten geben



eine Basis für Beratungen und Beschlüsse:

- Informationen und Austausch zwischen ASF-Unterbezirken und ASF-Bezirk
- Gespräche und Unterstützung in den örtlichen ASF, z.B. Wolfenbüttel
- Gespräche, Zusammen-

- arbeit, Vorstandsarbeit im SPD-Bezirk Braunschweig
- Zusammenarbeit mit der Gleichstellungskommission des SPD-Bezirks:
- Motivation zum Ehrenamt, zu Kandidaturen
- Begleitung von Kandidaturen
- Grundsätze und Perspektiven zur Aufstellung von Bürgermeister,- Rats-, Ortsratskandidatinnen und -kandidaten

Diskussionsangebote und ASF-Seminare:

- Wochenendseminar "Öffentlichkeits- und Pressearbeit", März 2003, in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Unterstützung: Landtagswahlkampf 2003, Europawahlkampf 2004

Schwerpunkthemen in der Vorstandsarbeit:

- Frauen in anderen Ländern und Kulturen
- Erhalt der kommunalen Frauenbeauftragten
- Beratung: Leitbild und Rolle der ASF
- Gewinnung von Mitgliedern
- Verbot des Tragens religiöser weltanschaulicher Symbole in staatlichen Schulen
- Investitionen in Bildung und Ausbildung von Frauen
- Qualitätsorientierte Kinderbetreuung
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer
- Öffentliche Veranstaltung zum internationalen Frauentag, März 2003, "Afghanistan - das Leben der Menschen abseits

von Kabul"

- Teilnahme der ASF - Bezirk Braunschweig - an der Beiratssitzung Hannover und ASF - Landesvollversammlung, Nov. 2003 "Schwarze Zeiten für Frauenpolitik"
- Bericht Landtagsfraktion "Gender-Budget" - Konzept für lokale Frauenpolitik?
- Geburtstagesfeier - 30 Jahre ASF-Bezirk Braunschweig "Gestern - Heute - Morgen, Rückblick und Ausblick mit jungen Frauen", Frauenkabarett: "Es gibt ein Leben vor der Suppe", 13.11.2003
- ASF-Bezirkskonferenz zum Thema: "Vereinbarkeit von Beruf und Familie", Christel Riemann - Hanewinkel, Parl. Staatssekretärin im BMin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 15. März 2004, Anträge, Vorstandswahlen
- Teilnahme der ASF - Bezirk Braunschweig an der ASF - Bundeskonferenz in Leipzig. Thema: Geschlechtergerechtigkeit in Europa, 14. - 16. Mai 2004
- Öffentliche Veranstaltung zum internationalen Frauentag "Frauenrechte und Chancengleichheit" mit Erika Mann, MdEP und mit Detlef Tanke, Künstlerhaus Palm, 11. März 2004
- Öffentliche Veranstaltung "Chancengleichheit am Arbeitsplatz: Konkret in Braunschweig und in der Region?!" Konkrete Beispiele einer familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt mit konkreten Maßnahmen. Mit Susanne Barg, Beratungs- und Koordi-

nierungsstelle "Frau und Beruf", Braunschweig, Christine Posega, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, Agentur für Arbeit, Braunschweig und Ria Nijmeijer, 1. Vors." Überbetrieblicher Verbund Frau und Beruf", 26. Jan. 2005

Teilnahme an der ASF- Landeskonferenz, Osnabrück, 11./12. Febr. 2005, Landesvorstandswahlen.

Seit April 2004 gehören folgende Frauen dem ASF-Bezirksvorstand an:

Vorsitzende: Annegret Ihbe, Braunschweig; Stellvertr. Vorsitzende: Gabi Anton, Helmstedt, Barbara Lex, Osterode; Beisitzerinnen: Erika Brakel, Osterode; Edelgard Hahn, Helmstedt; Susanne Hahn, Braunschweig; Erika Ohse-Heyl, Helmstedt; Gabriele Trittel, Helmstedt, Sigrid Herrmann, Braunschweig, Monika Kreibich, Wolfenbüttel, Mona Lotz, Helmstedt

Der ASF-Bezirksvorstand hat im zurückliegenden Berichtsraum 13 mal getagt.

Annegret Ihbe
Bezirksvorsitzende



Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos)

Die Jusos sind nicht mehr die Selben, wie man sie von früher her kannte. Der Verband ist erheblich jünger geworden und viele verweilen nur kurze im Verband, auch besteht ein immer größer werdender Teil der Aktiven aus Nur-Juso-Mitgliedern. Dies ist aber nicht unbedingt ein Nachteil, denn dadurch wird der Verband durch immer neue Ideen bereichert.

Nicht unentscheidend für diese Entwicklung ist auch die Tatsache, dass immer mehr Jusos immer früher auch Verantwortung in der Partei und der Kommunalpolitik übernehmen. Trotz des großen Mitgliederschwundes bleibt die Zahl der Aktiven fast konstant. Beachtenswert ist auch, dass ein großer Teil der Parteieintritte des vergangenen Jahres unter 30 Jahren alt waren.

Juso Bezirksvorstand

Im Bezirk gab es in den vergangenen zwei Jahren einen Per-

sonalwechsel auf der Bezirkskonferenz 2003 in Wolfsburg wurde erneut Lars-Patrick Wenzel (Wolfsburg) zum Vorsitzenden gewählt, als Stellvertreter standen ihm Susanne Finsel (Gifhorn), Kai Florysiak (Braunschweig), Alexandra Herbst (Peine), Robert Bößler (Helmstedt), Gaby Kannenberg (Goslar) und Jan Schwarz (Gifhorn) zur Seite.

Auf der sehr turbulenten Bezirkskonferenz 2004 in Vechelde wurde dann Jan Schwarz (Gifhorn) zum neuen Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter wurden Nora Bertram (Wolfenbüttel), Björn Brennecke (Peine), Gaby Kannenberg (Goslar) und Michael Grewer (Braunschweig).

Trotzdem haben wir die erfolgreiche Arbeit fortgesetzt. In verschiedenen Projekten haben wir die Themen Sozialversicherungssysteme, Rechtsradikalismus, EU, Region Braunschweig und SPD Grundsatzprogramm bearbeitet. Neben den Projekten

hatten wir alle vier Wochen unseren Bezirksvorstand, um auch die anderen Aktivitäten zu planen.

Die Wahlperiode 2003 startete mit der Ausbildungswoche, mit der wir auf die unerträglichen Zustände auf dem Ausbildungsmarkt aufmerksam machten.

Auch im Europawahlkampf haben wir trotz der schlechten Ausgangslage die Fahnen hochgehalten. Auf zusätzlichen Abendveranstaltungen haben wir mit prominenten Gästen über aktuelle Politik und innerparteiliche Themen diskutiert.

2004 begannen wir mit einer neuen Einrichtung, dem Bezirksplenum. Es soll den Unterbezirken Raum bieten, ihre Arbeit vorzustellen und sie mit anderen Jusos zu diskutieren. Natürlich haben wir, wo immer wir dabei waren uns auch in den Mitgliedsentscheid zur Wehrpflicht eingebracht und schlagende Argumente für die Abschaffung zur innerparteilichen

Debatte beigetragen.

Im Februar startete unsere Rundreise durch die Bezirk unter dem Motte "Sozialismus braucht Tradition" mit einem Besuch des Goslarer Bergbaumuseum. Also eine ganze Menge Arbeit.

Unser Bildungsangebot

Bei uns Jusos legen wir großen Wert darauf, Politik nicht nur aus dem Bauch heraus zu machen, deshalb bieten wir unseren Mitgliedern und interessierten Jugendlichen ein Bildungsprogramm an. Dies besteht zum einen aus dem Basic Seminar. Dort werden Begriffe und Fragen geklärt, die einem im Juso-Alltag immer wieder begegnen. Was ist die Arbeiterbewegung, warum gibt es Jusos und SPD und welche Geschichte und Theorie steckt dahinter? Und vor allem was wollen wir.

Zum anderen führen wir regelmäßig die Funkti-Schulung 1-3

durch. Diese richtet sich an diejenigen, die aktiv in Jusos-Gremien arbeiten. Sie soll dazu befähigen, politische Ämter innerhalb des Verbandes zu übernehmen und eigene Projekte zu initiieren. Sie teilt sich in die drei Blöcke: Orga-schulung, Rhetorik und das politischen Mandat.

Juso-Bundesverband

Der Juso-Bezirk Braunschweig gehört weiterhin zu den Aktivposten im Bundesverband. Wir nehmen regelmäßig an den Bundes-Umbauwochenenden teil, auf denen in den Bereichen Chancengleichheit, Berufsorientierung und Frieden & Globalisierung die Programmatik der Jusos weiterentwickelt wird.

Delegationen der Braunschweiger Jusos waren auch auf der Festveranstaltung zu 100 Jahren Arbeiterjugend und der Sommerschule.

Seit Mitte 2004 stellen wir auch

erstmalig ein Mitglied im Juso-Bundesvorstand: Lars-Patrick Wenzel (Wolfsburg) wurde für den Bereich Gewerkschaftsjugend kooptiert.

Juso-Landesverband

Im Jusos Landesverband haben wir unsere Beteiligung verstetigt und stellen nach wie vor zwei Mitglieder des Landesvorstandes. Bis 2004 waren dies Kai Brennecke (Peine) und Gaby Kannenberg (Goslar). Seit Juni vertreten uns Bastian Nowak (Gifhorn) und Kai Florysiak (Braunschweig).

Jan Schwarz
Bezirksvorsitzender
der Jungsozialisten



Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)

35.000 Unternehmerinnen und Unternehmer sind Mitglied in der SPD. Damit bekennen sich diese 35.000 Unternehmerinnen und Unternehmer sehr deutlich zu ihrer sozialen Verantwortung in ihren Unternehmen und in der Gesellschaft.

Was leicht vergessen wird: es sind mehr Unternehmerinnen und Unternehmer Mitglied in der SPD als in der CDU !

Die Unternehmerinnen und Unternehmer in der SPD tragen entscheidend dazu bei, dass die

Modernisierung Deutschlands als Staat mit sozialer Gerechtigkeit vorankommt. Sie organisieren sich in der AGS, der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD, die auf diese Weise die Mittelstandsvereinigung in der SPD darstellt.

Gleichzeitig leistet die AGS einen guten Beitrag dazu, die ökonomische Kompetenz der SPD zu stärken. Die AGS versteht sich als zentraler Ansprechpartner für Wirtschaft und Mittelstand in der SPD. Sie existiert seit mehr als 50 Jahren als bundesweites Netzwerk und diskutiert parteiof-

fen. Querdenker und Kreative finden bei uns ihr Zuhause.

AGS steht für innovative Wirtschaftspolitik. Wir möchten, dass Deutschland mit Technologien, Wissen und Qualität als Spitzenreiter auf den Märkten der Welt bestehen kann.

Deshalb unterstützen wir die Reformagenda 2010. Nur durch Reformen kann Deutschland in dieser schwierigen Weltwirtschaftssituation wieder Schwung gewinnen und fit gemacht werden für die Zukunft.

Die politischen Aktivitäten in Bund, Land und Kommunen hat die AGS mit eigenen Papieren und Vorschlägen begleitet:

- Brauchen wir eine Unternehmenssteuerreform ?
 - Die dringende Verbesserung der Mittelstandsfinanzierung und Eigenkapitalstärkung.
 - Die öffentlichen Bauinvestitionen müssen verstetigt werden.
 - Wie kann der Mittelstand die EU-Dienstleistungsrichtlinie mit ihrer weitreichenden Beeinflussung des Binnenmarkts bewältigen ?
 - Mittelstandsfreundlicher Ordnungsrahmen für Markt und Wettbewerb.
 - Verstärkte Privatisierungsanstrengungen bei öffentlichen Leistungen.
 - Mittelständische Unternehmen investieren in Deutschland.
 - Zukunft braucht Selbständigkeit.
 - Wachstum durch Bildung.
- Wir treten massiv für die von der SPD beschlossenen Reformen ein und argumentieren in vielen

öffentlichen Veranstaltungen, zum Beispiel:

- Public Private Partnership
- Unternehmens-Rating und Basel II
- Wasser ist Leben (die Wasserversorgung in der Region)

Zu grundsätzlichen Fragen bilden wir uns eine differenzierte Meinung während unserer jährlichen Klausurtagungen am Tankumsee. Im Berichtszeitraum haben wir folgende Themen behandelt:

- Gemeindefinanzreform
- Bürgerversicherung: Kopfpauschale
- Hartz IV (Auswirkungen auf Arbeitsagentur und Sozialdezernat)

In einer Reihe von Betriebsbesichtigungen und bei Besuchen öffentlicher Einrichtungen informieren wir uns über aktuelle Entwicklungen vor Ort und besprechen zukünftige Chancen und Risiken.

Die AGS mischt lebendig in den Unterbezirken der Region mit. Prof. Dr. Michael Hamann führt mit seinem Vorstandsteam die

AGS effektiv im Bezirk. Gleichzeitig hat er die Funktion des AGS-Landesvorsitzenden in Niedersachsen übernommen.

Mit einem sehr guten Ergebnis wurde er am 23.04.2004 in Berlin zum wiederholten Male als Stellvertretender Bundesvorsitzender der AGS bestätigt. Dies verdeutlicht, dass die AGS im Bezirk Braunschweig für die wirtschaftspolitische Diskussion sehr gut aufgestellt ist.

Unsere Unternehmererfahrung weist uns als klardenkende, weit-sichtige und kompetente Gesprächspartner innerhalb der SPD aus. Einen wichtigen Beitrag leisten wir als Meinungsmultiplikatoren für die SPD-Wirtschaftspolitik in unseren Unternehmen und in der Öffentlichkeit:

"AGS" - der verlässliche Partner in der wirtschaftspolitischen Diskussion, "AGS" - wir denken selbständig.

Michael Hamann

Bericht der AG 60 plus im Bezirk Braunschweig

1. Der Bezirksvorstand der Arbeitsgemeinschaft 60 plus bildet das Scharnier zwischen den Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaften in den Unterbezirken und den Aktivitäten des Landes- und des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft 60 plus einerseits sowie dem Bezirksvorstand der Partei andererseits. Der gegenseitige Informations-

austausch sowie die Berichterstattung aus den Parteigremien gehört deshalb zu den Kernaufgaben des Bezirksvorstandes. Beides wurde ergänzt durch persönliche Besuche des Bezirksvorstandes bei Veranstaltungen in allen neun Unterbezirken. Dabei hat sich das Bild einer sehr lebendigen, politisch wie gesellschaftlich sehr aktiven

Arbeitsgemeinschaft ergeben. Das ehrenamtliche Engagement der Aktiven ist unverändert groß.



Im Rahmen einer Klausurtagung haben wir über die möglichen Ursachen diskutiert und die Lage der Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei analysiert. Über diese Gespräche ist der Bezirksvorstand der Partei informiert worden.

Umso bedauerlicher ist es, dass trotz der auf natürliche Weise nachrückenden Mitglieder eine Stagnation unübersehbar ist und nur sehr wenige "Neu-Senioren" bereit sind, mitzuarbeiten und in den Vorständen der Arbeitsgemeinschaft Verantwortung zu übernehmen.

2. Die große Zahl der Parteiaustritte betrifft auch die Arbeitsgemeinschaft 60 plus. Zwar gelingt es selten, ältere Mitbürger für die Partei neu zu gewinnen bzw. zurück zu gewinnen, aber es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es der Arbeitsgemeinschaft 60 plus gelungen ist, viele bereits austrittsbereite Mitglieder in der Partei zu halten. Zahlreiche gesellige Veranstaltungen in den Unterbezirken (Traditionsfeiern, Braunkohlessen, Ausflüge, Wanderungen u.a.) tragen zu einem engen menschlichen Zusammenhalt bei.

3. Im Vordergrund stehen für eine politische Arbeitsgemeinschaft jedoch die politischen Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

Folgende Themen sind im Rahmen der Vorstandssitzungen und Klausurtagungen behandelt worden, wobei die mit der Agenda 2010 verbundenen Einschnitte in die Sozialversicherungs-

systeme einen Schwerpunkt darstellten:

- "Wir brauchen eine Renaissance des Sozialstaates", Ref. Herbert Ehrenberg
- Hartz IV, Umsetzung in der Kommune, Ref. Henning Heiss
- Krankenkassenreform, Ref. Kerstin Ernst, BKK
- Gemeindefinanzreform, Ref. Matthias Wehrmeyer/ Volker Mewes
- Staatsverschuldung, Steuer- und Finanzpolitik, Soziale Gerechtigkeit
- "Was geschieht mit der Bezirksregierung", Ref. Uwe Hess
- Dialog zwischen den Generationen, Projekt "VIEL", Ref. C. Braasch
- Scholz-Thesen zur Zukunft sozialdemokratischer Politik

4. Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus im Bezirk Braunschweig hat sich sehr aktiv am sog. "Dialog Niedersachsen" beteiligt, ein vom Landesausschuss initiiertes Projekt, das die Belebung der Kontakte der SPD-Arbeitsgemeinschaften 60 plus mit anderen Seniorenorganisationen und -einrichtungen zum Ziel hat.

Landesweit sind Gesprächsrunden zu 16 ausgesuchten Themen mit kompetenten Gesprächspartnern veranstaltet und dokumentiert worden. Diese Initiative soll fortgesetzt werden.

Darüber hinaus ist die Arbeitsgemeinschaft an einer weiteren Gesprächsrunde mit der Gewerkschaft ver.di auf Landesebene beteiligt, die sich mit dem Dialog der Generationen be-

schäftigt.

5. Im Berichtszeitraum sind 13 Vorstandssitzungen durchgeführt worden, in denen u.a. die oben aufgeführten Themen erarbeitet worden sind. Auf Landesebene gab es 8 Vorstandssitzungen, wobei der oben aufgeführte "Dialog Niedersachsen" einen Schwerpunkt bildete.

Der Bundesausschuss tagte in diesem Zeitraum sechsmal. Hierbei standen neben den Sozialreformen das Antidiskriminierungsgesetz und die Chancen des Alters im demographischen Wandel im Vordergrund.

Die Berichte über die Arbeit des Landesausschusses und des Bundesausschusses sind im Bezirksvorstand lebhaft diskutiert und die dokumentierten Arbeitsergebnisse an die Untergliederungen verteilt worden.

6. Schließlich sollen auch die Kontakte mit den Arbeitsgemeinschaften 60 plus in Sachsen-Anhalt (Magdeburg, Stendal, Halle) nicht unerwähnt bleiben, mit gegenseitigen Einladungen zu Delegiertenkonferenzen und geselligen Veranstaltungen werden sie auch zukünftig weiter gepflegt.

Volker Mewes
Bezirksvorsitzender der
Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Bericht der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

Nachfolgend eine Auflistung der Veranstaltungen, die wir angeboten und durchgeführt haben:

- 8. Juli 2003: Besuch der Geschäftsstelle der Kassenärztlichen Vereinigung in Braunschweig, Gespräch mit dem Vorsitzenden, Dr. Rittgerodt; Thema: Blick hinter die Kulissen, wie funktioniert die Abrechnung zwischen KV und Kassen?
- 9./10. Mai 2003: Besuch des Reichstages und Gespräch mit Abgeordneten des Bundestages.
- 22. November 2003: Workshop "Arbeitswelt und Gesundheit", zukunftssträchtige Strategien für ältere Mitarbeiter und Arbeitnehmer/innen mit gesundheitlichen Einschränkungen mit Dr. Gesa Horst-Schaper, Klinikum Braunschweig.
- 26. April 2004: Workshop

"Sozialdemokratische Grundwerte und Zukunft in Deutschland - diskutiert am Beispiel der Patientenrechte" mit Thomas Isenberg, Leiter des Fachbereiches Gesundheit und Ernährung des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen in Berlin.

Gremiensitzungen:

Mitgliederversammlung am 20.10.2002 mit Vorstandswahlen

Bezirksvorstand am 12.12.2002, 16.01.2003, 19.02.2003.

Mitgliederversammlung am 25.03.2003 mit Anträgen für den Bezirksparteitag und den ASG-Bundesausschuss.

Bezirksvorstand am 24.04.2003, 22.05.2003, 24.06.2003, 26.08.2003.

Mitgliederversammlung am 09.10.2003 mit Vortrag von KV-Vorsitzendem Dr. Rittgerodt zum Thema "Die Zukunft der KV und die Zukunft des Sicherstellungsauftrages".

Bezirksvorstand am 09.12.2003, 26.02.2004, 29.03.2004, 08.06.2004, 27.09.2004.

Mitte 2005 soll, nachdem aus beruflichen und gesundheitlichen Gründen der ASG-Bezirksvorstand Ende 2004 nur noch eingeschränkt arbeitsfähig war, die Arbeitsgemeinschaft mit neuen Aktivitäten neu aufgestellt werden.

Dr. Susanne Goering
Vorsitzende

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen im Bezirk Braunschweig

Bilanz der ASJ-Arbeit - Berichtszeitraum 2003 - 2005

Die Mitglieder der ASJ im Bezirk Braunschweig waren in den vergangenen zwei Jahren in diversen Aktionen und in anderer Weise an der Durchsetzung sozialdemokratischer Rechtspolitik auf Bundes- und Landesebene beteiligt. Trotz hoher Belastungen der Mitglieder des Vorstandes der ASJ im Bezirk Braunschweig in beruflicher Hinsicht aber auch durch die Mitwirkung in anderen

Gremien innerhalb der Partei, ist es im Berichtszeitraum doch gelungen, die eine und andere rechtspolitische Veranstaltung durchzuführen, wobei eine größere Teilnahme von Mitgliedern wünschenswert gewesen wäre, denn die jeweils hochaktuellen Themen hätten es verdient gehabt.

Die Veränderungen in den Strukturen in der Landesverwaltung seit dem Regierungswechsel im Frühjahr 2003 haben bei einigen Vorstandsmitgliedern da-

rüber hinaus zu erheblichen beruflichen Belastungen geführt, die auch die Arbeit im Vorstand beeinflusst hatten.

Erfreulicherweise konnten bei den Vorstandswahlen im Juli 2003 auch Mitglieder aus der Anwaltschaft und der freien Wirtschaft gewonnen werden. Im Übrigen setzt sich auch seit 2003 der Vorstand aus Angehörigen der Verwaltung zusammen, was sich zum Teil auf die Themenschwerpunkte ausgewirkt hat.

Die Beteiligung von Mitgliedern außerhalb der Verwaltung ist nach wie vor wünschenswert.

Zu danken ist an dieser Stelle der unermüdliche Einsatz von Volker Taube vom Bezirksbüro ohne dessen organisatorische Hilfe die Veranstaltungen nicht hätten stattfinden können.

Öffentliche Veranstaltungen, die von der ASJ initiiert wurden, waren am 31.08.2004 eine Veranstaltung zu einer geplanten Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten mit MdB Joachim Stünker und eine weitere Veranstaltung am 11.11.2004 mit Helmut Kramer zur beabsichtigten Reform des Rechtsberatungswesens.

Darüber hinaus fand im November 2003 ein Seminar des Arbeitskreises Migration zur Europäischen Verfassung statt mit einem beachtenswerten Beitrag der Bezirks-ASJ.

Der neue Landesvorstand der ASJ mit einem Mitglied aus dem Bezirk Braunschweig hat sich im März 2003 konstituiert und 2004 das Gustav-Radbruch-Forum in Hannover erfolgreich durchgeführt. Weitere Vorstandstreffen folgten.

Zu den künftigen Tätigkeitsschwerpunkten wird neben anderen Bereichen nach wie vor die Entwicklung des Europäischen Rechtssystems zählen. Inwieweit andere Rechtsbereiche durch Beiträge oder öffentliche Veranstaltungen belebt werden können, hängt vom Engagement der Mitglieder der ASJ ab.

Gerade aus den Bereichen Zivil- und Strafrecht sowie Arbeits- und Sozialrecht sind Beiträge erwünscht. Die Vorstandsmitglieder stehen insoweit für Anregungen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Der monatliche Termin der Vorstandssitzungen wurde kürzlich aus organisatorischen Gründen auf den ersten Dienstag im Monat verlegt (jeweils 19:30 Uhr im "Mephisto" in der Fallersleber Straße in Braunschweig); ausgenommen sind weiterhin Termine in den Ferien und an Feiertagen. Diese Vorstandssitzungen sind parteiöffentlich, sodass auch andere Mitglieder ermuntert werden, uns zu besuchen. Damit hoffen wir, neue Ideen und wichtige Impulse für unsere künftige rechtspolitische Arbeit zu bekommen.

Bernd Kaufmann
Vorsitzender

Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik - Berichtszeitraum 2003-2005

Der Berichtszeitraum war im wesentlichen durch die umfangreichen Diskussionen nach der Wahlniederlage bei der letzten Landtagswahl und dem Anteil der Schul- bzw. Bildungspolitik geprägt. Mittlerweile ist deutlich geworden, dass die CDU ihre Aussagen im Wahlkampf weitgehend umgesetzt hat. Die rückwärtsgewandte Einführung der Dreigliedrigkeit nach der Klasse 4 und die Abschaffung der Lern-

mittelfreiheit ist ohne den erwarteten Widerstand durchgesetzt worden.

Aus dieser veränderten Situation hat sich für die AfB eine veränderte Aufgabenstellung und zugleich Herausforderung ergeben.

1. In Zusammenarbeit mit dem Forum "Bildung" sind gemeinsam Konzepte für die Arbeit im Bezirk entwickelt worden. Ge-

plant bzw. auch schon durchgeführt, sind zentrale Veranstaltungen mit möglichst großer Breitenwirkung im Bezirk.



Als Beispiel ist zu nennen:

- Was erwartet die Wirtschaft von der Schule? (Referent: Herr Hase, VW)
- Vorbereitung und Durchführung des kleinen Parteitages (Bildung ist teuer - keine Bildung teurer)
- Planung eines Workshops im Juni 2005

2. Auf Beschluß des SPD Landesvorstandes hat die Projektgruppe "Zukunft der Bildung" ihre Arbeit aufgenommen.

Sinn und Aufgabe dieser Projektgruppe ist zunächst die Diskussion und die Zukunft der Bildung in unserem Bundesland. Es wird ein Konzept entwickelt, das den gesamten Bildungsbereich umfassen wird, von der frühkindlichen Erziehung bis zur Seniorenbildung. Die Frage der Schulpolitik steht mit Sicherheit im Mittelpunkt (Gemeinsame Schule für alle!). Dieses Konzept soll

vor der Sommerpause 2005 veröffentlicht werden und dann in die Parteigremien gehen.

3. Auf Bundesebene fand 2004 eine Bundeskonferenz unter dem Motto "Bildung in Deutschland. Reformieren und investieren statt reparieren" statt.

In einem Grundsatzbeschuß wurden hinsichtlich der Schulstrukturen folgende Grundsätze beschlossen:

- Die Schulzeit soll in der Regel 12 Jahre dauern.
- Die Kinder- und Jugendlichen sollen 10 Jahre gemeinsam zur Schule gehen
- Alle Kinder sollen mindestens ein Jahr in eine verbindliche kostenfreie vorschulische Einrichtung gehen.
- Generelle Einführung der Ganztagschule
- Entwicklung von Mindeststandards.

Bezirksvorstand:

Ulrich Leidecker ist neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen im SPD Bezirk Braunschweig.

Ihm zur Seite stehen seine Stellvertreterinnen: Renate Möller-Schläfke und Annegret Ihbe.



Als Beisitzer wurden gewählt: der bisherige Vorsitzende Edgar Merkel, Jürgen Beckmann, Christa Burbat, Carsten Braasch, Guiskard Eck, Helge Koban und Elke Streckfuß.

Ulrich Leidecker

Bericht des Arbeitskreises Migrantinnen und Migranten

Nachdem der Arbeitskreis Migrantinnen und Migranten sich zum sechsten Mal auf SPD-Bezirksebene konstituiert hat, wurde er auch auf Bezirksebene aktiv.

Bei der ersten konstituierenden Sitzung des AK-Migration wurde der Vorstand mit folgenden Personen gewählt:

Vorsitzender: Muzaffer Perik



Stellvertretende Vorsitzende:

Catherine Brenot-Thomasske

Schriefführerin: Barbara Borsch.

Nach dieser konstituierenden

Sitzung haben sich Arbeitskreise in regelmäßigen Abständen getroffen und mit folgenden Themenbereichen beschäftigt:

- Neue europäische Verfassung; welche Bedeutung hat diese neue Verfassung für die Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland?
- Wie werden in der BRD lebende Migrantinnen und

Migranten berücksichtigt?

- Europawahlkampf
- Zusammenkunft auf SPD-Bundesebene
- Vorbereitung einer Konferenz der europäischen Sozialisten aller Kulturen

Der Verfassungsentwurf sieht vor, dass dem europäischen Rat in Zukunft ein Präsident vorsteht, der für zweieinhalb Jahre gewählt wird und dessen Amtszeit einmal verlängert werden kann. Der Rat setzt sich aus allen Staats- und Regierungschefs der einzelnen Mitglieder zusammen und ist das wichtigste Entscheidungsorgan der EU. Bisher wechselte der Ratsvorsitz alle sechs Monate im Rotationsverfahren. Die kleinen Staaten lehnen die Neuregelung ab, weil sie fürchten, der EU-Präsident werde ausschließlich aus den Reihen der Großen bestimmt. Außerdem soll das Amt eines EU-Außenministers geschaffen werden, der sowohl Mitglied der EU-Kommission als auch dem europäischen Rat verantwortlich ist.

Heftig umstritten ist auch die



Stimmengewichtung im Rat. Die Verfassung sieht vor, dass eine qualifizierte Mehrheit zustande kommt, wenn eine Mehrheit der Mitgliedstaaten, die zusammen 60 Prozent der gesamten EU-Bevölkerung repräsentieren, ei-

ner Entscheidung zustimmt.

Dagegen laufen Spanien und Polen Sturm, denen in Nizza mit je 27 Stimmen ein nahezu gleiches Gewicht zugestanden worden war wie Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland mit jeweils 29 Stimmen.

Die neue Regelung würde ihren Einfluss schwächen. Berlin würde es wesentlich leichter fallen, eine Mehrheit zu organisieren. In Deutschland leben über 18 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung, mehr als doppelt so viel wie in Polen.

Großbritannien stimmt der Neuregelung zwar im Prinzip zu, beharrt aber darauf, dass der Rat nur geringe Kompetenzen erhält. Wichtige Bereiche der Politik wie Steuern, Verteidigung und Außenpolitik sollen Domänen der Mitgliedsstaaten bleiben.

Die Kommission soll laut Verfassungsentwurf auf 15 stimmberechtigte Mitglieder verkleinert werden. Gegenwärtig besteht das wichtigste Exekutivorgan der EU aus 20 Mitgliedern. Die fünf großen Länder stellen jeweils zwei und die zehn kleineren jeweils einen Kommissar.

Nach der neuen Regelung steht den großen Ländern nur noch ein Vertreter zu, während sich die kleinen abwechseln müssen und nicht mehr ständig repräsentiert werden.

Festgestellt wurde auch: vor Amsterdam war Migrationspolitik kein Thema im EU-Recht sondern unterlag ausschließlich dem nationalen Recht der einzelnen Staaten. Jedes Land hat eigene Regeln für Immigration und Asyl. Durch europäisches Recht soll



nun die sogenannte qualifizierte Mehrheit festgelegt werden: mindestens 3/5 der Bevölkerung der Union. Wenn nichts anderes gesetzlich festgelegt ist, gilt dies auch für Migration und Asyl. Zum Thema neue europäische Verfassung wurde von Bernd Kaufmann, Bezirksvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, bei einem Wochenendseminar referiert.

Es wurde anregend mit den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern über die Entwicklung der verschiedenen Gremien bis zum Ergebnis des EU-Konvents unter der Leitung von Valéry Giscard d'Estaing im Juni 2003; von den Anfängen 1951 bis zur Gründung der EWG 1957; über die Einigung der mittlerweile 12 Mitgliedsstaaten auf eine einheitliche europäische Akte und Reform der Gründungsdokumente der EU 1986 bis zur Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages 1992 (Vertrag über Europäische Union) und Vertrag von Amsterdam 1997 (Bestimmungen zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik) bis hin zum Dezember zum 2002 Vertrag von Nizza, der die EU-Institutionen auf die Osterweiterung vorbereiten soll, diskutiert.

Eine Gefahr geht allerdings davon aus: Allianzen innerhalb der EU oder maßgebliche Beeinflussung, um ein bestimmtes Votum zu erzielen. Wenn auch die qualifizierte Mehrheit einen weiteren Schritt auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa darstellt, einen Bundesstaat Europa wird es wohl kaum geben.

Bei der Diskussionsveranstaltung mit Klaus-Peter Bachmann, MdL und stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Integrationsfragen im Niedersächsischen Landtag, über die Integrationspolitik im niedersächsischen Landesausschuss wurde gemeinsam festgestellt:

Das von der Bundesregierung erarbeitete Zuwanderungsgesetz hat nun durch den Regierungswechsel in Niedersachsen noch weniger Chancen, umgesetzt zu werden. Eine schnellere und

leichtere Einbürgerung garantiert aber noch keine Integration. Ein besserer Name für das Zuwanderungsgesetz wäre sicher "Integrationsgesetz".

Die Bundesländer fordern, dass sich der Bund stärker an der Sprachförderung beteiligt. Aber im Haushaltsentwurf sind stattdessen Kürzungen vorgesehen (in Niedersachsen wird zum Beispiel "Deutsch für Ausländer" aus Volkshochschulmitteln bestritten). Chancen für Ausländer gibt es über Bildung, deshalb sollte die Sprachförderung schon im Kindergarten beginnen.

Sogenannte Altfälle (z.B. Vietnamesen in Ostdeutschland) sollten begrenzt humanitär geregelt werden.

Im Laufe des Vortrags kam die Sprache auch auf die Aussiedler aus den GUS-Staaten und den damit zusammenhängenden Problemen.

Weiterhin kam die Sprache auf

die Rolle der Presse: über ein gutes Zusammenleben wird selten berichtet, sondern es wird nur die Kriminalität herausgehoben. Mangelnde Integration fördert Ghettobildung. Straftaten ausländischer Mitbürger sollten bestraft werden, Abschiebung ist keine Lösung.

Arbeitskreismitglieder nahmen auch an der vom Bezirksarbeitskreis organisierten Diskussionsveranstaltung mit Detlef Tanke über europäische Friedenspolitik und deren Rolle für die EU teil.

Zu diesem Thema lud der Arbeitskreis alle Vereine und Verbände sowie Kultureinrichtungen aus dem Bezirk Braunschweig zu einem Info-Abend ein.

Ein Diskussionspunkt war der Beitritt der Türkei in die Europäische Union.

Muzaffer Perik

Bericht des Netzwerks "Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD"

Das Netzwerk "Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD" gibt es seit dem 13.03.2002. An diesem Tag hatte sich das Netzwerk im Willy-Brandt-Haus in Berlin konstituiert.

Für den SPD-Bezirk Braunschweig wurde das Netzwerk am 05.12.2002 gegründet. "Selbst Aktiv" hatte den hehren Anspruch der politischen Teilhabe auf allen politischen Ebenen der SPD für sich reklamiert.

Auch für den nächsten Bundesparteitag ist wieder ein inhaltsgleicher Antrag gestellt.

Seit Juni 2003 gehört ein Vertreter von "Selbst Aktiv" dem Bezirksvorstand als kooptiertes Mitglied an. Pathetisch kann man behaupten, dass damit unser Marsch durch die Instanzen begann.

Persönlich bin ich vielleicht bei dem einen oder dem anderen Vertreter bzw. der Vertreterin des Bezirksvorstandes angekommen. Aber institutionell als Ratgeber in Belangen der Menschen mit Einschränkungen auf gar keinen Fall. Da sollten beide Seiten (Bezirksvorstand und wir) noch an sich arbeiten. Insbesondere in

Anbetracht des gesellschaftlichen Wandels in der Positionierung von Menschen mit Behinderung.

"Selbst Aktiv - Braunschweig" ist ein Zusammenschluss von Menschen großteils mit Behinderung, die sich gerne ins gesellschaftliche Leben einmischen wollen. Das besondere an unserem Netzwerk ist der Umstand, dass wir nicht nur abwarten und durchaus berechnete, abstrakte Forderungen aufstellen, sondern wir bündeln unsere verschiedenartigen Talente und versuchen Dinge anzuschieben.

Parteigrenzen sind für uns Netzwerker eigentlich auch keine wirklich trennenden Grenzen. In den letzten 2 Jahren haben wir folgende Projekte durchgeführt:

1. Ausbildungsplatzkampagne "x plus1"

Am 08.04.2003 wurde diese Ausbildungsplatzkampagne ins Leben gerufen. Ziel ist es dabei, Verwaltungen und Betriebe zu ermutigen, jeweils einen zusätzlichen Ausbildungsplatz einzurichten und diesen an einen jungen Menschen mit Behinderung zu vergeben.

Grund ist, dass der Faktor Arbeit einen sehr hohen Stellenwert besitzt hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz von Menschen mit Behinderung.

Sowohl die Stadtverwaltung Braunschweig wie auch die Braunschweiger Versorgungs AG haben sich bereit erklärt, für das Ausbildungsjahr 2004 jeweils einen zusätzlichen Ausbildungsplatz einzurichten, welcher auch zum 01.08. des Jahres besetzt worden ist. Bezogen auf diese beiden großen Arbeitgeber können wir berichten, dass für das Ausbildungsjahr 2005 bereits Gespräche laufen und wir hoffen, dass trotz der schlechten finanziellen Bedingungen auch für dieses Ausbildungsjahr wieder jeweils ein zusätzlicher Ausbildungsplatz für einen jungen Menschen mit Behinderung bereitgestellt wird.

2. Projekt "Rent a Rollator"

Am 18.09.2003 haben Teilnehmer von "Selbst Aktiv" Braunschweig einen Spaziergang

durch Braunschweigs Innenstadt gemacht, um die Barrierefreiheit unserer Stadt zu testen. In der Auswertung dieses Spazierganges haben wir festgestellt, dass es aufgrund fehlender Sitzmöglichkeiten für mobilitätseingeschränkte Personen schwierig ist, die Innenstadt zu erleben. Abhilfe dessen kann ein Rollator sein.

In Anlehnung des Verfahrens "Rent a Car" haben wir versucht, dieses auf Rollatoren zu übertragen und ein Ausleihsystem entworfen. Es ist gelungen, die drei führenden Braunschweiger Sanitätshäuser Hempel, Hoffmeister und Müllenheim für dieses Projekt zu gewinnen.

Wir sind der Auffassung, dass so ein Rollator für mobilitätseingeschränkte Personen eine vielfache Hilfe sein kann, am gesellschaftlichen Leben aktiv teilzuhaben. Ein Rollator kann eine Chance sein, die Innenstadt Braunschweigs mit ihren vielen Facetten, Bauwerken und Geschäften neu zu erleben.

3. Projekt "der etwas andere Kulturrundgang, nicht nur für Menschen mit Behinderung"

In der Auswertung des o. g. Spazierganges ist uns außerdem aufgefallen, dass es in Braunschweig keine Rundgänge gibt, die auf Menschen mit speziellen Behinderungen Rücksicht nehmen.

Wir haben Kontakt zum KulturTeam Braunschweig aufgenommen, um herauszufinden, ob solche Rundgänge möglich sind. Das KulturTeam hat eine Prüfung dieses Anliegens zuge-

sagt und einen entsprechenden Rundgang entwickelt. Nach Überprüfung der Praktikabilität dieses Spazierganges zusammen mit dem Braunschweiger Behindertenbeirat ist dieser Rundgang mit in das Angebotsprogramm des KulturTeams Braunschweig aufgenommen worden.

4. Ausstellung "Aufbruch - Menschen mit Behinderung zeigen ihr kreatives Potential"

Die Ausstellung soll in der Zeit vom 30. Oktober - 30. November 2005 im Braunschweiger Landesmuseum, Hinter Aegidien, stattfinden.

Diese Ausstellung ist keine normale Ausstellung, sondern hat ihre Eigenart darin, dass sie von Laien größtenteils mit Behinderung organisiert wird. Die Ausstellung soll auch zeigen, welche positive Energie durch eigenes Handeln freigesetzt werden kann.

Die auszustellenden Werke sollen Geschichten erzählen, die Mut machen. Derzeit sind wir noch in der Anfangsphase und versuchen Sponsorengelder zu akquirieren. Diese Sponsorensuche gestaltet sich durchaus schwierig.

Finanzielle Unterstützung von Mandatsträgern bei der Realisierung unseres neusten Projektes ist herzlich willkommen,

Andreas Thies
Koordinator von "Selbst Aktiv"
auf Bezirksebene

Bericht der SPD - Fraktion im Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB)

Mit Schreiben der CDU-Fraktion im ZGB vom 15. Juni 2004 teilte diese der Verbandsverwaltung mit, dass das bisherige SPD Mitglied Karl-Heinz Schrader (GF, ab sofort der CDU-Fraktion als parteiloses Mitglied angehört. In einem Presseartikel vom 27. 04.2004 erklärt Karl-Heinz Schrader wortstark, dass er nicht mehr bereit sei, die SPD-Bundespolitik gegenüber der Bürgerschaft zu vertreten. Schrader trat aus der SPD aus. Er "vergaß" dabei aber, dass er auf dem Ticket der SPD in die Verbandsversammlung gewählt wurde, denn das Mandat gab er nicht an die SPD zurück.

Da Karl-Heinz Schrader nicht bereit war sein Großraummandat an die SPD zurückzugeben und rechtlich keine Eingriffsmöglichkeit bestand, ist die SPD jetzt nicht mehr stärkste Fraktion im ZGB und verlor in der Folge auch die Mehrheit im Verbandsausschuss (VA).

1. Von der Marketinggesellschaft zum Projekt Region Braunschweig GmbH

Im letzten Berichtsheft bin ich auf die "Region - Marketinggesellschaft im Großraum Braunschweig" mbH eingegangen, die in 2003 ihre Arbeit aufnahm. Parallel dazu entwickelte sich das "Projekt Region Braunschweig".

Neben den örtlichen Wirtschaftsaktivitäten streben Wirtschaft und die Verbandsmitglie-

der im ZGB eine gemeinsame Intensivierung vorhandener Wirtschaftspotenziale in unserer Region an. In der Presse wurde dazu vielfach berichtet. Die gemeinsamen Aktivitäten erfordern jetzt eine organisatorische Form, in der sich auch Reson und die Marketinggesellschaft wiederfinden. Als Ergebnis ist festzustellen, dass die Marketinggesellschaft in die Projekt Region Braunschweig GmbH umfirmiert wurde und die drei Aufgabebereiche umfasst:

- reson-research: Forschung, Wissenschaftsmanagement
- Projektmanagement, Querschnittsthemen
- Marketing

Zu den Aufgaben heißt es im Gesellschaftsvertrag u.a.:

§ 3 (1) "Gegenstand des Unternehmens sind Projektmanagement und -umsetzung, Marketing sowie Forschung und Wissensmanagement für die Region Braunschweig, die aus den Städten Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg und den Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel gebildet wird."

§ 3 (2) "Zu diesem Zweck wird die Gesellschaft auf eine Stärkung der regionalen Wirtschaft und die Förderung nachhaltigen Wirtschaftswachstums hinwirken, um hierdurch bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen."

Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Zusammenarbeit

von Wirtschaft, Gewerkschaften, den kommunalen Gebietskörperschaften und dem ZGB, denn sie ist in der Tat eine große Chance zur Stärkung des Arbeitsmarktes. Die Parteipolitik muss dabei in den Hintergrund treten. Daher ist es ein Ärgernis, dass die CDU im ZGB aus parteitaktischen Gründen ihren Fraktionsvorsitzenden Reinhard Manlik für den Aufsichtsrat in der neuen Gesellschaft durchgeboxt hat.

Die neue Mehrheit der CDU (durch den Überläufer Schrader) im Verbandsausschuss machte dies möglich. Damit verlässt die CDU die bisherige Konsenslinie, dass für solche Positionen der jeweilige Vorsitzende der Verbandsversammlung benannt wird. Das wäre in diesem Fall unser Genosse Detlef Tanke.

Festzustellen ist, dass der ZGB auch die Bildung einer Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen begrüßt und unterstützt, die dann im europäischen Konzert der deutschen Metropolregionen wie Hamburg, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Stuttgart oder München mitspielt.

Denn wir erwarten durch die Metropolregion auch wichtige Impulse zur Sicherung der neuen europäischen Förderkulisse. Bleibt noch anzumerken, dass die Ministerkonferenz für Raumordnung den Anerkennungsantrag gegenüber der Europäischen Union unterstützt.

2. Bereich Regionale Raumordnung

2.1 Änderung von Vorrangstandorten/Eignungsgebieten für die Windenergienutzung

Die Bekanntgabe der Planungsabsichten im Frühjahr 2003, das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) für den Großraum Braunschweig fortzuschreiben bzw. nach dessen 10jähriger Laufzeit bis zum Jahr 2006 neu aufzustellen, führte zu einer Flut von Anträgen zum Bau oder zur Festlegung weiterer Vorrangstandorte für die Windenergienutzung.

Vor diesem Hintergrund wurde es notwendig, das Thema Windenergienutzung schon vor der Fortschreibung/Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms im Rahmen einer 4. Änderung des RROP zu regeln.

Insgesamt wird mit dem überarbeiteten Standortkonzept und durch die Standortminderung das bisher angestrebte Bündelungskonzept für den Großraum Braunschweig weiter verfolgt.

Wichtig war dabei auch die Festschreibung, dass bei noch möglichen Genehmigungen von raumbedeutsamen Windenergieanlagen die Abstände zwischen dem Standort und der potentiellen Siedlungsentwicklung mindestens 1.000 Meter betragen.

2.2 Freiraumsicherungs- und Entwicklungskonzept

Grundlage des Freiraumsicherungs- und Entwicklungskonzeptes ist ein speziell hierfür angelegtes computergestütztes geographisches Informationssystem. In ihm wurden die der-

zeit zur Verfügung stehenden Umwelt- und Freiflächeninformationen eingearbeitet, die weiter fortgeschrieben werden. So umfasst das Infosystem Landschaftsrahmenpläne, den Landwirtschaftlichen Fachbeitrag, den Forstwirtschaftlichen Rahmenplan sowie eine große Zahl naturschutzfachlicher Kartierungsergebnisse des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie.

Damit bietet das Freiraumsicherungs- und Entwicklungskonzept erstmals flächendeckend für den Großraum Braunschweig mit seinen Kommunen gleichwertige und umfassende Informationen über den Außenbereich. Das geographische Informationssystem ist im Internet eingestellt unter www.zgb.de/Regionalplanung

2.3 Weitere Aktivitäten für die Fortschreibung des Raumordnungsprogramms:

- Festlegung von Vorranggebieten für Hochwasserschutz unter Annahme eines 100jährigen Hochwasserereignisses in Kooperation mit der Wasserwirtschaft.

- Zur Festlegung von Trassierungen von Ortsumgehungen mussten die angedachten Projekte im regionalen Vergleich einer regional- und verkehrswirtschaftlichen Prüfung unterzogen werden.

- Entwicklung einer regionalen Radwegekonzeption in Abstimmung mit dem Nahverkehrswegetages in Kooperation mit den Städten und Gemeinden.

- Erarbeitung eines regionalen Einzelhandelsentwicklungskon-

zeptes nach Maßgabe des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen für die planerische Beurteilung von Einzelhandelsgroßprojekten.

2.4 Sonstige Schwerpunktarbeiten im Rahmen der Regionalplanung

- Bearbeitung zahlreicher Raumordnungsverfahren und -stellungnahmen sowie Durchführung von regionalen Abstimmungs- und Koordinationsprozessen.

- Abschluss des Forschungsprojektes Stadt+Um+Land 2030 zur regionalen Zukunftsentwicklung (im letzten Berichtsheft bin ich auf die Ziele näher eingegangen).

3. Bereich Regionalverkehr

3.1 Abschluss von Verkehrsverträgen

Für die Leistungen im Schienenpersonennahverkehr gilt seit der Bahnreform das sog. Bestellerprinzip, d. h. dass der Aufgabenträger (für unsere Region der ZGB) entsprechende Leistungen bei Eisenbahnverkehrsunternehmen bestellt und die Einzelheiten vertraglich regelt.

Nach umfangreichen Verhandlungen - gemeinsam mit dem Land Niedersachsen und der Landesnahverkehrsgesellschaft - wurde der Vertragsentwurf mit der DB Netz AG von der Verbandsversammlung im September 2003 beschlossen.

Durch diesen Rahmenvertrag sollen im Verbandsgebiet die heute befahrenen Regionalstrecken über einen längeren Zeitraum in ihrem Bestand gesichert werden.

Im Zusammenhang mit den Neuregelungen des Landes Niedersachsen für die Gewährung von Regionalisierungsmitteln (§ 8 Abs. 1 Regionalisierungsgesetz) musste der ausgehandelte Verkehrsvertrag mit DB Regio überarbeitet werden. Vertraglich vereinbart ist nunmehr ein sog. Grundangebot mit rd. 5,3 Mio Zugkilometern und ein jederzeit rückführbares Zusatzangebot mit rd. 0,5 Mio Zugkilometern jährlich mit einer Vertragslaufzeit Dezember 2014.

3.2 RegioStadtBahn

Die Planungen für die RegioStadtBahn im Großraum Braunschweig begleiten Politik und Verwaltung des Zweckverbandes schon seit vielen Jahren. Die ursprünglichen Vorstellungen für ein sehr umfangreiches Netz führten trotz intensiver Finanzierungsverhandlungen mit dem Land Niedersachsen nicht zum gewünschten Erfolg. Daher soll das Projekt jetzt mit einer 1. Ausbaustufe begonnen werden, der weitere Ausbaustufen folgen sollen.

Da sich die Nutzen-Kostenanalyse für die 1. Ausbaustufe sehr positiv darstellt, darf jetzt begründet davon ausgegangen werden, dass die Förderung von Bund und Land laufen wird. Derzeit werden Gespräche mit DB Netz über die Trassenpreise geführt. Sobald hierüber eine verbindliche Regelung getroffen ist, kann im Wege eines Wettbewerbsverfahrens ein Betreiber für die künftige Regio-StadtBahn gesucht werden.

Parallel dazu werden die Plan-

verfahren vorangetrieben mit dem Ziel, dass die RegioStadtBahn in 2008 ihren Betrieb aufnehmen kann.

3.3 Verbundtarif Region Braunschweig

Wie in den Vorjahren führte der Verbundtarif auch in den Jahren 2003/2004 zu Fahrgaststeigerungen und Einnahmeverbesserungen.

Dieser Erfolg kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verteilung der Einnahmen auf der Grundlage des Einnahmenaufteilungs- und Ausgleichsvertrages von 1998 überarbeitet werden muss. Daher wurde in intensiven Beratungen innerhalb der Verbundgesellschaft und durch ständige Begleitung der Verbandsgremien bis zum Oktober 2004 ein Modell unter der Moderation von Herrn Prof. Girnau (VDV) erarbeitet, das sich im letzten Moment dann doch nicht als mehrheitsfähig erwies.

Derzeit wird ein neues Modell von den Verkehrsunternehmen durchgerechnet und auf seine Akzeptanz hin überprüft. Durch die Kündigung des Einnahmenaufteilungs- und Ausgleichsvertrages entsteht in 2005 Einigungsdruck für ein neues Modell. Eins ist klar: Das Erfolgsmodell "Tarifverbund" muss für unsere Region weiter Bestand haben!

Liebe Genossinnen und Genossen, über die Arbeit des ZGB gäbe es noch mehr und vertiefend zu berichten, dies würde jedoch den Berichtsrahmen sprengen. Daher will ich zum Schluss nur noch feststellen,

dass der Zweckverband Großraum Braunschweig bei der Regionalentwicklung eine feste und zuverlässige Größe ist. Gerne sage ich allen Mitgliedern der Großraumfraktion Dank für ihre engagierte Arbeit.

Mein Dank gilt auch der Verbandsverwaltung und allen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, unsere Region weiter nach vorne zu bringen. Dabei verweise ich auf den von unserem Bezirksvorsitzenden Sigmar Gabriel initiierten Antrag zur Region.

Wolfgang Schneider
Fraktionsvorsitzender

Geschäftsstellen im Bezirk Braunschweig

SPD-Bezirk Braunschweig, Schloßstr. 8/III, 38100 Braunschweig
Postfach 4261, 38032 Braunschweig
Telefon: 0531/48098-0, Fax: 0531/48098-50
E-Mail: Bezirk.Braunschweig@SPD.DE
Internet-Adresse: <http://www.spd-bezirk-braunschweig.de>
Bezirksvorsitzender: Sigmar Gabriel
Ltd.: Geschäftsführer + Finanzen: Hans-Henning Schridde
Geschäftsführer: Ralf Gorny, Karl-Heinz Mühe, Volker Taube
Büro: Brigitte Stewing, Elke Struck

SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstr. 8/III, 38100 Braunschweig
Telefon: 0531/48098-21, Fax: 0531/48098-26
E-Mail: Braunschweig.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzende: Dr. Carola Reimann
Büro: Eva Voges

SPD-Unterbezirk Gifhorn, Steinweg 11, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371/3655, Fax: 05371/15261
E-Mail: Gifhorn.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzender Detlef Tanke
Büro: Andrea Gebert

SPD-Unterbezirk Goslar, Spitalstr.1, 38640 Goslar
Telefon: 05321/709516, Fax: 05321/709517
E-Mail: Goslar.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzende: Petra Emmerich-Kopatsch
Büro: Angela Waringer-Saigge

SPD-Unterbezirk Helmstedt, Schuhstr. 24, 38350 Helmstedt,
Telefon: 05351/599827, Fax: 05351/599830
E-Mail: Helmstedt.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzender: Uwe Strümpel
Büro: Bärbel Mart

SPD-Unterbezirk Osterode am Harz, Berliner Str. 3, 37520 Osterode
Telefon: 05522/2676, Fax: 05522/315714
E-Mail: Osterode.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzender: Wolfgang Dervedde
Büro: Marion Lossi

SPD-Unterbezirk Peine, Kleine Schützenstr. 4, 31224 Peine
Telefon: 05171/12694, Fax: 05171/18582
E-Mail: Peine.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzende: Eva Folta-Schlaugat
Büro: Heike Wohlthat

SPD-Unterbezirk Salzgitter, An der Windmühle 2 B, 38226 Salzgitter
Telefon: 05341/43082, Fax: 05341/49375
E-Mail: Salzgitter.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzender: Michael Loos
Büro: Sabine Bosse

SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel, Wullenweberstr. 1 A, 38300 Wolfenbüttel
Telefon: 05331/46097, Fax: 05331/8560510
E-Mail: Wolfenbuettel.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzender: Karl-Heinz Mühe
Büro: Petra Reuß

SPD-Unterbezirk Wolfsburg, Schillerstr. 6 - 8, 38440 Wolfsburg
Telefon: 05361/15175, Fax: 05361/22024
E-Mail: Wolfsburg.BR-UB@SPD.DE
Vorsitzende: Dr. Christa Westphal-Schmidt
Büro: Karin Wichert

Adressen und Anschriften

Mitglied des Europaparlaments

-

Mitglieder des Bundestages

Hubertus Heil, Lindenstr. 27, 31224 Peine

Dr. Wilhelm Priesmeier, Am Pfarrgarten 7, 37586 Dassel

Dr. Carola Reimann, Grünstr. 3, 38102 Braunschweig

Wilhelm Schmidt, Ellernweg 9 A, 38229 Salzgitter

Hans-Jürgen Uhl, An der Schule 4, 38456 Velpke

Mitglieder des Landtages

Klaus-Peter Bachmann, Lüdersstr. 4, 38124 Braunschweig

Ulrich Biel, Elsterweg 20, 31224 Peine

Petra Emmerich-Kopatsch, Pulverweg 28 A, 38678 Clausthal-Zellerfeld

Ingrid Eckel, Dahlienweg 8, 38446 Wolfsburg

Sigmar Gabriel, Kiefernbrink 1, 38640 Goslar

Uwe-Peter Lestin, Okerhang 8, 38179 Schwülper

Isolde Saalman, Am Hohen Felde 7, 38104 Braunschweig

Klaus Schneck, Am Kleegarten 1, 29379 Wittingen (nachgerückt Feb. 2005)

Rosemarie Tinius, Im Schwarzen Kamp 5, 31246 Lahstedt

Ingolf Viereck, Walkenriedstr. 3, 38442 Wolfsburg

Dörthe Weddige-Degenhard, Paul-Francke-Str. 3, 38302 Wolfenbüttel

Hans-Hermann Wendhausen, Sonnenweg 1, 38350 Helmstedt

Mitglieder des Landesvorstandes

Sigmar Gabriel, Kiefernbrink 1, 38640 Goslar - stellv. Vors.

Renate Jürgens-Pieper, Schulstr. 4, 38179 Schwülper - Beisitzerin

Diethard Karau, Paschkeweg 4, 38228 Salzgitter - Revisor

Mitglieder des Parteirates

Hubertus Heil, Lindenstr. 27, 31224 Peine 38100 Braunschweig

Petra Emmerich-Kopatsch, Pulverweg 28 A, 38678 Clausthal-Zellerfeld

Renate Jürgens-Pieper, Schulstr. 4, 38179 Schwülper

SPD-Bezirk Braunschweig, Schloßstr. 8/III, 38100 Braunschweig
Postfach 4261, 38032 Braunschweig
Fernruf 0531 - 48098-0, Fax 0531 - 48098-50
e-mail: bezirk.braunschweig@spd.de
Internet-Adresse: <http://www.spd-bezirk-braunschweig.de>